

Abonnements
werden beim Briefe und dessen
bekanntem Namen entgegen-
genommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Wierteljahrspreis von:
Mk. 4.40 für Deutschland (Post
per Brief-Genossenschaft)
Mk. 5.75 für Österreich (Post
per Brief-Genossenschaft)
Mk. 2.— für alle übrigen Länder
des Weltpostvereins (Postgebühren).

Inserate
Die Verlagspartei stellt
Spenden — 25 Pf. — 50 Pf. —

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Er erscheint
wöchentlich einmal
in
London.
Verlag
der
German Cooperative Publishing Co.,
L. Bernstein & Co., London N.W.,
114 Kentish Town Road.
Bestellungen
franco gegen franko.
Gewöhnliche Briefe
nach England kosten Doppelporto.

Nr. 4. Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schicke man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Adressen. In besonderen Fällen eingeschrieben. 25. Januar 1890

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Frieden, Freiheit, Wohlstand.

In dem Wahlkampf, der nunmehr in Deutschland in voller Schärfe entbrannt ist, spielen diese drei Worte eine große, ja die Haupt-Rolle. Alle Parteien, die vor die Wähler hinstreten, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, die Regierung wie ihre Opposition, erklären, daß es ihr eifrigstes Bestreben sei, dem Volk den Genuß dieser Güter zu sichern, und daß nur ihr Programm, ihre Politik dazu geeignet sei, diesen hohen Zweck zu verwirklichen.

Frieden, Freiheit, Wohlstand — alles Dinge, die in den Ohren der Masse einen schönen Klang haben. Wer wünscht nicht die Erhaltung des Friedens? Von einigen beförderungsfähigen Offizieren, einer Hand voll Armeelieferanten und sonstiger Glücksritter abgesehen, alle vernünftigen Menschen. Wer wünscht nicht frei zu sein, wer sich nicht des Wohlstands zu erfreuen? Jeder, der nicht unzurechnungsfähig, kein Narr ist.

Wie aber die Elemente, welche die heutige Gesellschaft bilden, sehr verschieden geartet sind, so haben auch die Schlagworte, die sie im Munde führen, keineswegs dieselbe Bedeutung. Die Begriffe wechseln nicht nur zeitlich; zu ein und derselben Zeit hat ein und dasselbe Wort einen verschiedenartigen Begriff. Es heißt nicht nur „Freiheit, die ich meine“, sondern auch Frieden, auch Wohlstand, den ich meine.

Die Freiheit, die der Bourgeois meint, trägt ein ganz anderes Gesicht als die Freiheit, die der Proletariat meint. Die Freiheit, von der der Ultramontane spricht, ist in den Augen des Friedensliebenden, der Landjunker hat seinen eignen Freiheitsbegriff, und ebenso der Kleinbauer und Tagelöhner. Keiner spricht eine absolute Sage aus, wenn er dem Andern versichert, er wolle die Freiheit, und doch ist es für diesen eine Unwahrheit. Der Bourgeois will nicht die Freiheit, die der Proletariat meint, der Ultramontane verabscheut die Freiheit, wie sie der Friedensliebende versteht, der Landjunker ist der geschworne — besser, der natürliche Feind der Freiheit des Landarbeiters. Und ebenso in umgekehrter Gegenüberstellung.

Es ist das schon oft dargelegt worden, und bedarf kaum einer näheren Begründung. Weniger aber zu Tage liegt es, daß auch in Bezug auf den Frieden ein ähnliches Verhältnis stattfindet, und ebenso in Bezug auf den Wohlstand — selbst von den grundsätzlichen Gegnern der bestehenden Eigentumsordnung ganz abgesehen. Die Vorstellungen sind hier nur verschwommener als in Bezug auf die Freiheit.

Bourgeois A. weiß sehr wohl, daß wenn er die Löhne seiner Arbeiter erhöht, dies unter sonst gleichbleibenden Verhältnissen eine Schmälerung seines Einkommens bedeutet. Aber er weiß nicht oder gibt sich nicht genau darüber Rechenschaft, daß seine ganze Bourgeoisexistenz in Frage steht, wenn der Wohlstand der Arbeiterklasse ein gewisses Niveau überschreitet, daß es für seine Klasse Lebensbedingung ist, daß die Arbeiterklasse beständig auf der Grenze zwischen notwendiger Auskommen und absolutem Elend sich befindet. Im alten Europa, wo die kapitalistische Produktionsweise herrscht, braucht er sich um diese Frage nicht zu kümmern. „Die große Schönheit der kapitalistischen Produktion besteht darin“, sagt Marx, „daß sie nicht nur beständig den Lohnarbeiter als Lohnarbeiter reproduziert, sondern im Verhältnis zur Akkumulation des Kapitals stets eine relative Ueberfüllung von Lohnarbeitern produziert. So wird das Gesetz von Arbeitsnachfrage und Zufuhr im richtigen Geleise gehalten, die Lohnschwankungen innerhalb der kapitalistischen Exploitation zulassende Schranken gebannt, und endlich die so unentbehrliche soziale Abhängigkeit des Arbeiters vom Kapitalisten verhängt.“ („Kapital“, I. Bd. 25. Kap.) Wo sich alles das so hübsch „von selbst“ vollzieht, da gehört schon ein weiterer Blick dazu, als er dem Durchschnittsbourgeois eigen ist, um sich beständig vorzubehalten, daß er fast mehr noch daran interessiert ist, daß der „Wohlstand der Arbeiterklasse“ ein gewisses Niveau nicht überschreitet als daran, daß ihre Freiheit innerhalb derjenigen Grenzen bleibt, die er für vernünftig hält, weil mehr ihm ernsthafte Unbequemlichkeiten verursachen würde. Der Kapitalismus verträgt viel mehr — formale — Volkswohlstand als Volkswohlstand.

Was die Frage des Friedens anbetrifft, so wollen wir auf eine abstrakte Erörterung derselben verzichten, sondern dieselbe so nehmen, wie sie sich heute dem deutschen Volke darbietet.

Wenn alle Parteien auch den Frieden wollen, so doch aus verschiedenen Gründen und unter verschiedenen Formen.

Die Reichsregierung will den Frieden, weil und solange

ihr das Risiko des Kriegs größer erscheint als das des Friedens. Die Bourgeoisie will den Frieden, weil sie keine Unterbrechung des Geschäfts will, weil sie, Alles in Allem, im Frieden bessere Geschäfte macht. Ja, wüßte der Bourgeois, daß der Krieg sich innerhalb gewisser Grenzen halten ließe, so würde er sich gar nicht so sehr gegen einen solchen sperren — wir sehen natürlich von der Handvoll bürgerlicher Ideologen ab — denn er hat gemerkt, daß ein kleiner Krieg auf die Industrie wie eine Art Aderlaß und infolgedessen zuweilen recht erleichternd wirkt. Diese Wirkung ließe sich zwar leicht auch ohne gleichzeitiges Blutvergießen erzielen, aber das wäre dann „unnatürlich“, „gewaltig“, und in einem wohlgeordneten Staatswesen muß alles hübsch natürlich zugehen. Leider stehen wir aber vor einem Krieg, der, wenn er ausbricht, Weltkrieg heißt, ein Generalkrieg von solcher Ausdehnung, daß seine Tragweite sich gar nicht absehen läßt, und da dämmert selbst dem kleinsten Winkelräuber die Erkenntnis auf, daß dieses Risiko doch zu groß sei für den in Aussicht stehenden Gewinn. Immerhin berechnet der Durchschnittsbourgeois Krieg und Frieden vom Standpunkt des Geschäfts aus. Er liebt den Frieden, wie er die geordneten Verhältnisse im Staate liebt, weil sie ihm erlauben, seinen Konkurrenten in aller Gemüthsruhe über's Ohr zu hauen.

Unbedingter Anhänger des Friedens ist nur der Proletariat. Kein Grund, der ihn veranlassen könnte, den Krieg zu wollen. Er versteht aber auch den Frieden anders als der Bourgeois, der moderne Staatsmann u. d. m. Ihm heißt der Frieden Völker-Verbrüderung, Bürgerschaft der Freiheit, der Solidarität aller Kulturenationen. Alle modernen Staatsweisen sind mehr oder minder auf Gewalt und Unterdrückung begründet. Kein größerer Staat, der nicht entweder in seinem eigentlichen Staatsgebiet, oder in andern Erdtheilen Länderereien besäße, die nur mit Waffengewalt erhalten oder gesichert werden können. An der Erhaltung dieses Besitzes sind sowohl die Regierenden wie die herrschende Klasse, meist direkt materiell, immer aber auf Grund ihrer ganzen Eigentums- und Rechtsbegriffe interessiert. Nur der Proletariat, soweit er zum Erlernen seiner Klassenlage gelangt, empfindet dieses Interesse nicht. Und dieser, auf Eroberung, Raub oder Betrug beruhende Länderbesitz ist es gerade, der die Ursache beständiger Kriegsgefahr bildet. Deutschlands enorme Rüstungen sind notwendig, um den Besitz von Elsaß-Lothringen gegen die Franzosen, von Nord-Schleswig gegen die Dänen und der polnischen Provinzen gegen die Russen zu verteidigen.

Es handelt sich indes zunächst gar nicht um die Frage, ob Krieg oder Frieden, sondern, was für ein Frieden? Der Frieden, den die heutigen Machthaber meinen, und wie ihn alle Parteien, die auf dem Boden der heutigen Eigentums-, Rechts- und Rationalitätsbegriffe stehen, meinen oder meinen müssen, ist nichts als ein latenter Krieg. Ein Krieg ohne direktes Blutvergießen, aber mit enormen, stets wachsenden Lasten für die Völker, und mit enormer, stets wachsender Beeinträchtigung der Freiheit der Völker. Es ist ein Friede, der seinen Namen gar nicht verdient, sondern bloß Abwesenheit von Krieg ist, ein Waffenstillstand, den ein Nichts unterbrechen kann.

Dieser Nicht-Krieg oder Noch-nicht-Krieg, das ist Alles, was die Regierung, was die herrschenden Klassen meinen, wenn sie dem Volk von dem Frieden reden, den sie ihm durch ihre Politik zu erhalten behaupten. An eine Beseitigung der Ursachen des drohenden Krieges denken sie nicht, wohl aber sinnen sie unablässig darauf, die Kriegsgefahr zu vergrößern. Es ist bereits ein Gemeinplatz geworden, das Wort Nolte's, daß wenn die Rüstungen so fortgehen, die Gewehre eines Tages sich von selbst entladen werden, das heißt, der Krieg unvermeidlich wird. Und doch treten die auf Nolte's schwörenden Regierungsgelute vor die Wähler hin und sagen: Sendet uns Abgeordnete, die zu jeder Vermehrung der Rüstungsausgaben bereit sind, es ist das einzige Mittel, das uns in Stand setzt, den Frieden zu sichern. Sie können somit nach eigenem Gesandnis den Frieden nur dadurch sichern, daß sie den Krieg unvermeidlich machen.

So sieht ihr Friede aus.

Und ihre Freiheit? Und ihr Wohlstand?

Ihre Freiheit ist die Freiheit der Ausbeuter, ihr Wohlstand der Wohlstand der Herrschenden. Sie wollen die Freiheit der Arbeiter nicht, noch wollen sie wirklich etwas thun, den Wohlstand derselben zu heben. Sie wollen die Freiheit der Arbeiter nicht, sie sinnen nur darauf, ihr neue Fesseln aufzulegen. Durch die Verlängerung der Legislaturperioden haben sie das Wahlrecht der Arbeiter beeinträchtigt und sie werden die erste Gelegenheit benutzen, direkte Beschränkungen des Wahlrechts vorzunehmen. Jede solche Verhinderung der Volksrechte aber nennen sie Freiheits-Maßregeln. Mit Recht. Sie steigern die Freiheit der — Gewalthaber. Durch die neue Auslegung des § 110 des Strafgesetzbuches haben sie das Koalitionsrecht der Arbeiter beeinträchtigt und sie werden die erste Gelegenheit benutzen, es völlig illusorisch zu machen. Sie werden das als eine Maßregel im Interesse des Nationalwohlstandes bezeichnen. Und mit Recht. Denn die „Nation“, das sind ja sie, und die Auf-

hebung des Koalitionsrechts der Arbeiter heißt ihnen, der Ausbeuter, Wohlstand erhöhen.

Ihr Friede, diese fortgesetzte Kriegsbereitschaft, schlägt die Freiheit des Volkes tot, ist theils Ursache, theils Vorwand beständiger Attentate wider die Volksrechte.

Ihre Freiheit, das unbeschränkte Ausbeutungsrecht, verhindert selbst denjenigen relativen Wohlstand der Arbeiter, der mit dem kapitalistischen Produktionssystem allenfalls verträglich ist.

Ihr Wohlstand heißt Ausbeutung der Arbeiter bis auf's Blut. Ihr Wohlstand heißt ein unterdrücktes, kampfunfähiges Proletariat.

Mehr noch.

Ihr Friede zehrt vampyrartig am Mark des Volks, saugt ihm den letzten Tropfen Blutes aus.

Ihre Freiheit und ihr Wohlstand sind mit einem wirklichen Frieden unvereinbar. Sie beruhen nicht nur auf der auf die Spitze getriebenen Ausbeutung der eigenen Arbeiter, sondern auch auf dem erbitterten Wirtschaftskrieg von Nation gegen Nation.

Friede, Freiheit, Wohlstand kehren sich in ihrem Munde in das Gegenteil dessen um, was das arbeitende Volk darunter versteht, und zu verstehen hat.

Friede, wie ihn das Proletariat meint, das heißt, eine wirkliche Verbrüderung der Völker — Freiheit, wie sie das Proletariat meint, das heißt Beseitigung aller Unterdrückung — Wohlstand, wie ihn das Proletariat meint, das heißt die Abschaffung des Elends und die Anerkennung der Solidarität als Grundlage der Gesellschaft, sie sind nur möglich durch die Verwirklichung der Forderungen und Grundsätze der Sozialdemokratie.

Kaiser Wilhelm II., ein Spiegelbild der heutigen Gesellschaft.

Der Bevölkerung von Sidney, der Hauptstadt von Neu-Süd-Wales, wurde neulich ein Hochgenuss geboten. Sie durfte gegen Bezahlung von Sixpence pro Person Kaiser Wilhelm II. in genannter Augenschein nehmen. Kein Wunder, daß nicht wenige Leute von dieser guten Gelegenheit Gebrauch machten. Die Presse schickte ihre Vertreter hin, und die Berichte derselben waren voll von Lob über die Vollkommenheit und Eleganz des ausgefallenen Ozeanfahrers.

Es handelte sich selbstverständlich nicht um die Person des neuen Kaisers von Deutschland — derselbe hat seine Reisen noch nicht bis Australien ausgedehnt — sondern um ein neues Dampfschiff des Norddeutschen Lloyd, das den obigen Namen führt.

Ein Arbeiter, der sich Kaiser Wilhelm II. ebenfalls näher betrachtet, schildert im Organ der Vereinigten Trades Unions von Sidney, dem „Trades and Labour Advocate“, den Eindruck, den er von ihm empfangen. „Die Lobeserhebungen der kapitalistischen Presse“, schreibt er, „nehmen mich nicht Wunder, denn Kaiser Wilhelm II. ist ein so vollkommenes Spiegelbild der heutigen Gesellschaft, wie man es nur finden kann.“

Er fährt dies folgendermaßen näher aus:

„Betrifft man das Schiff, so stößt man zuerst auf prächtig möblierte und dekorierte Salons und Kabinen — natürlich für die erste Klasse, d. h. für diejenigen, die nichts thun und nie sich mit etwas so Gemeinem wie Arbeit abgeben. Spaltenlange Beschreibungen von der Schönheit dieses Theils des Schiffes entzücken die Leser, wie sie den Beschauer blendet. Geht man weiter, so kommt man zu ganz nett möblirten Salons, Kabinen und Zimmern für die Leute, die ihr gutes Auskommen haben — die zweite Klasse — die Klasse, die menschenarbeit, und ein gutes Geschäft macht. Kommt man aber zur dritten Abteilung, so findet man keine Salons, keine Kabinen, nichts für die Bequemlichkeit, die Schicklichkeit, die Gesundheit, nichts, das die Seele angenehm oder unterhaltend macht. Sie ist natürlich für die dritte Klasse, es ist das Zwischendeck, und für die Leute bestimmt, die arbeiten. Diese sind außerhalb des Schiffes nicht dazu da, Luxus oder Bequemlichkeit zu genießen, weshalb sollte ihnen Kaiser Wilhelm II. aber irgend ein anderer — Dampfer dergleichen bieten?“

„Kein Wunder, wiederhole ich, daß die Zeitungen der „Gesellschaft“ über dieses Schiff entzückt sind, denn es gibt ihre höchsten Wünsche wieder. Oben der Himmel und unten die Hölle, mit einer Mittelstation für die, die zwischen beiden lehren. Man denke sich eine Ausstattung wie die des Zwischendecks für irgend eine andere Klasse: Mangel an den einfachsten Bequemlichkeiten, die für eine lange Strecke notwendig sind, von dem Mangel an jeder dekorativen Ausstattung gar nicht zu reden.“

Aber — es ist das Spiegelbild unserer antizipalen Zustände. Luxus für die, die nicht arbeiten, Bequemlichkeit für die, die wenig arbeiten, und Abwesenheit von allem, was das Leben angenehm macht, für die, die fast alles schaffen.“

Von diesem Gesichtspunkt aus, dem eines Arbeiters, ist Kaiser Wilhelm II. das Musterbild eines erfindungsreichen Genies für — und da liegt der Haufe im Pfeffer — die große, glorreiche und den Luxus darstellende Klasse der Reichen. Weil darum der verfeinerten Zivilisation des 19. Jahrhunderts, die sich mit Schiffen befaßt, welche den Luxus der Reichen noch überbietet, und die Armen entwürdigenden Martern aussetzt!

Wir haben diesen Worten des australischen Arbeiters nichts hinzuzufügen, als daß Kaiser Wilhelm II. mit all seiner Pracht und seinem Luxus für die Reichen und all seiner schmachvollen Mangelhaftigkeit gegen die Armen nicht nur in Deutschland das Licht der Welt erblickt hat, sondern auch vom Deutschen Reich, und den Steuern des deutschen Volkes, subventionirt wird. Auch das ist von sozialistischer Bedeutung.

Soll Kaiser Wilhelm II.!

*) Anders, wo sie ihre Segnungen noch nicht durchgesetzt. Auf den Kolonien z. B. wird dies dem Kapitalisten sehr bald klar, und er sucht abhauen, um mit Marx zu reden, „nach Kaufmitteln zur Herstellung der Volksarmuth“.

London, 22. Januar 1890.

Einem glänzenden Erfolg haben unsere Genossen im ersten Chemnitzer Landtagswahlkreis erzielt. Dort fand am 14. Januar eine Erstwahl statt für einen dem Kartell angehörigen Abgeordneten. Derselbe war im Jahre 1885 mit 3055 Stimmen gegen Liebknecht gewählt worden, der damals nur 1664 Stimmen erhielt. Diesmal erhielt der Kandidat des Kartells, das von den Ultraconservativen bis zu den Deutschfreisinnigen lief, 3796 Stimmen, der sozialistische Kandidat, Robert Jähig, aber 3174 Stimmen. Trotz der Verrechnung durch die Deutschfreisinnigen betrug das Wahstimm der Kartellbrüder nur 141 Stimmen, das der Sozialdemokraten aber 1510 Stimmen. Deutlicher zeigt sich die Verschiebung zu Gunsten der Sozialdemokraten noch, wenn man die Prozentzahl vergleicht. Von hundert abgegebenen Stimmen waren

	1885	1890
Kartellstimmen	68,7	54,5
Sozialistische Stimmen	31,3	45,5

Hätten die Chemnitzer Freisinnigen sozial Charakter gehabt, den eben so schimpflichen wie — vom Kartellinteresse der Herren aus — dem in einem Wahl mit dem Bismarckischen Kartell auszufolgen, so wäre das Letztere wahrscheinlich vollständig unterlegen. Aber auch so läßt keine Niederlage nichts zu wünschen übrig. Denn Chemnitz I. ist der ihnen günstigste, den Sozialdemokraten ungünstigste Theil des sächsischen Wahlkreises. Unsere Siege wurden bisher in Chemnitz II. (das durch Liebknecht im sächsischen Landtag vertreten ist) erzielt. Diesmal haben in drei Bezirken dieses Kreises die Sozialisten die absolute Mehrheit, in einem in dem geradezu erdrückenden Verhältnis von 624 zu 133.

Und das beim Zensuswahlsystem! Das „Chemnitzer Tageblatt“, Organ des Kartells, schreibt über dieses Wahlergebnis u. A.:

Die eigentliche Stadt Chemnitz selbst, deren Haupttheil heute zur Wahl berufen war, hat bei den Reichstagswahlen stets eine Mehrheit für die Ordnungsparteien ergeben. Es würde also, wenn auch der erste Landtagswahlkreis, wie es mit dem zweiten bereits geschehen ist, in die Hände der Sozialdemokraten gefallen wäre, unsere Stadt in ungerechter Weise im Landtage vertreten worden sein, denn die eigentliche Bürgerschaft hätte absehbare in demselben gar keinen Vertreter gehabt. Das Ergebnis der heutigen Wahl ist daher, von allem Anderem abgesehen, als ein Akt gleichender Gerechtigkeit zu betrachten und möchte auch von unsern Gegnern als ein solcher angesehen werden, wenn es ihnen wirklich Ernst wäre mit dem Grundsatz „Gleiches Recht, gleiche politische Freiheit für Alle!“

Darauf antwortet das Organ der Chemnitzer Arbeiter:

„U. A. wo bleiben die Resultate des mathematischen Unterrichts. Man beachte die eigentliche Stadt“ und höre, wie sich die Sache stellt. In dieser „eigentlichen“ Stadt stimmten gestern 64,3 Prozent der 10,835 Wahlberechtigten, also 6970, und davon fielen 45 1/2 Prozent auf den Kandidaten der Sozialdemokraten, Herrn Robert Jähig, und 54 1/2 Prozent auf Herrn Kartellbruder Eugen Göhr. Das ist zwar eine Majorität, aber eine sehr geringe. Nun, und was soll denn das heißen „eigentliche Stadt“? Gehört zu dieser im Kopfe des „großen“ Mannes der Chemnitzer Tageblatt-Tagesgeschichte der H. Chemnitzer Wahlkreis nicht? Wohnen dort keine Leute? Man sollte meinen, und der 15. Oktober v. J. hat es bewiesen.

Sieht man sich das Resultat vom Oktober und das geistige gemauer an, so ist das Exempel 4088 u. 3174 = 7262 sozialdemokratische Stimmen in beiden Wahlen und 2250 u. 3796 kartellbrüderliche Stimmen und das ergibt in der „eigentlichen“ Stadt, d. h. in allen zur Stadtgemeinde auf Grund der revidierten Städteordnung gehörenden Theilen ein Mehr von 1216 Stimmen für die Sozialdemokraten trotz erkauften Deutschfreisinnigen.“

Und das beim Zensuswahlsystem! Ein besseres Omen für die Reichstagswahl läßt sich kaum denken. Denn das „nicht-eigentliche“ Chemnitz, die Vororte, brachten schon den Sieg, als das „eigentliche“ Chemnitz noch reaktionäre Mehrheiten ergab, sie werden diesmal die Niederlage des Kartells zu einer wahrhaft vernehmlichen machen.

Ueber die Verlegenheit der Reichsregierung um eine passende Wahlparole gegenüber der Sozialdemokratie schreibt man uns:

Die Taktik der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands war seit Erlass des Sozialistengesetzes so methodisch und so wirksam auf die Vernichtung des rothen Gespensts gerichtet — wie das seiner Zeit zum Kerger aller Feinde der Arbeiterfrage in dem ersten Reichenschaftsbericht der sozialdemokratischen Fraktion klar und scharf als Ziel hingestellt war — daß das rothe Gespenst in einer Weise zerlegt und zerstückelt worden ist, welche es außerordentlich schwer macht, dasselbe überhaupt noch zu verwenden. Die Spindelarmee des Herrn von Puttkamer, der in jungerlicher Raueität seine Jählichkeit für die „Anarchisten“ vor dem verammelten Reichstag bekannte, hat es nicht fertig gebracht, das rothe Gespenst zu jähren. Mit der Spindelberücklichkeit wurde das rothe Gespenst abgetaktet und dem stammenden Publikum in seinem wahren Wesen gezeigt. Das rothe Gespenst, das heißt Jähig-Mahlow, Haupt, Schröder, Köllinghoff, Puttkamer, Pinoff, Bismarck — kurz auch der dümmste Anghäufel weiß heute, daß das rothe Gespenst Polizeiwache und Regierungsfabrikat ist.

Der Eberfelder Prozeß, der deshalb ein so arger politischer Fehler war, hat dem großen Publikum vollends die letzten Fabrikations-Gehemnisse verrathen. Dieser Prozeß, welcher dem Verstand seiner Urheber ein ebenso glänzendes Zeugniß ausstellt, wie ihrer Ehrlichkeit, hatte den Zweck, für die kommende Wahlkampagne das rothe Gespenst wieder zusammenzuflicken; und das Ergebnis ist gewesen, daß die Lumpen, aus denen die Bogelscheuche des rothen Gespensts von zweibeinigen uniformirten und nicht uniformirten Lumpen angefertigt worden ist, vor den zusehenden Völkern der Welt als gemeine Lumpen „enthaßt“ und in Millionen von Fingern zerrissen worden sind. Der Pinoff (der das Brandmal des Reaktionsstücker Judenthums-Prozesses in Eberfeld so erfolgreich angebracht hat), der Köllinghoff und wie das staatsverräthende Volk all heiligen mag, kann sich noch so sehr abquälen, die Fingern sind nicht mehr zu einer Bogelscheuche zusammenzuflicken, vor der auch nur der hafenberzigste Reichs-Helenus das Hofenpanier ergreifen würde. Wohl haben die Herren Gesellschaftsleiter verschiedene frächtige Zaubermittel, mit denen schon manches politische Wunder verrichtet worden, aber der Eberfelder Prozeß hat alle diese Zaubermittel den profanen Blicken des Publikums als faulen Zaubers enthaßt und preisgegeben, und die bösen Sozialdemokraten kennen die deutschen Staats- und Gesellschaftsleiter, die großen und kleinen, inwendig und auswendig, so genau, daß sie ihnen jeden Augenblick die Hand auf die staatsverrätherischen Langfinger zu legen im Stand sind.

Genug — mit dem rothen Gespenst geht's nicht mehr und ohne rothes Gespenst läßt sich keine Wahlparole aus dem Sozialistengesetz machen, das muß festgehalten werden. Was in aller Welt soll aber die Regierung thun? Eine Wahlparole braucht sie auf alle Fälle. — Nun, wir haben keine Veranlassung, uns den Kopf der Regierung zu zerbrechen. In je ärgeren Schwulst sie ist, desto besser und desto angenehmer für uns.

Ein Blick auf die Regierungspresse offenbart uns die tragikomische Rathlosigkeit im Lager der Regierung. Wenn noch nicht mitleidig worden ist, welches die Bedenken des Fürsten Bismarck und anderer maßgebender Leute mit Bezug auf den zu treffenden Sozialistengesetz-Kompromiß sind, so hat dies wenigstens höchst einfachen Grund darin, daß die Regierung selber noch nicht weiß, was sie will oder soll. So viel steht fest, auf den Ausweisungsparagraphen, der ihr kein politisches Machtmittel, sondern nur ein Mittel politischer Chikane verleiht, legt die Regierung kein so großes Gewicht, daß sie um seiner willen mit einer Majorität kaum brechen wollen, die bereit ist, ihr die Presse und das Vereins- und Versammlungsgesetz „auf ewige Zeiten“ zu opfern. Es ist überhaupt sehr unwahrscheinlich, daß die Nationalliberalen sich im Punkte der Ausweisung so

kopfer gezeigt hätten, wenn sie nicht im vornherein sicher gewesen wären, daß es sich um einen — auch für die Regierung — relativ untergeordneten Punkt handle.

Indes wie dem sei, in den Kreisen der Majoritätsparteien weiß heute noch Niemand, was aus dem neuen Sozialistengesetz werden wird. Mittlerweile ist die Reptilpresse im Schweiße ihres Angesichts bemüht, die Niederlage des Eberfelder Sozialistenprozesses zu vertuschen oder wegzuschwätzen. Es will indes nicht gelingen; und wenn die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ den alten Kniff: die Wahrheit auf den Kopf zu stellen, probirt und den Prozeß für einen riesigen Triumph der Bismarck'schen Politik erklärt, so wird dadurch nur bestätigt, daß die geistigen Fähigkeiten des Hrn. Binder I. in ganz bedenklichem Maas abgenommen haben. Es will dem Patron nichts mehr gelingen, und wir möchten ihm wirklich rathen, seinen bejahlten „Saugtieren“ nicht mehr ins Handwerk zu pfuschen.

Der Pinoff hat beim Reichsgericht die Revision eingelegt. Es fragt sich da bloß, ob die preussische Regierung mit Selbstmordgedanken schwanger geht und sich noch einmal 5 oder 6 Wochen lang in der Person ihrer Spindel abschlagen lassen will — oder ob sie an der Eberfelder Hinrichtung genug hat. Das sind die einzigen Erwägungen, die in Betracht kommen können. Juristische sind nicht vorhanden. Gründe sind billig wie Brombeeren, sagte schon der Shakespeare, und wenn von Berlin der Befehl kommt, Revisionsgründe zu finden, dann werden zwei, drei, ein Duzend gefunden. Woher haben wir denn das Reichsgericht?

Wir wollen den Entschluß der preussischen Regierung ruhig abwarten. Dektretirt sie die Bestätigung des Urtheils, so sind wir zufrieden; dekretirt sie die Revision, so sind wir es auch. Von unserem reichsfeindlichen Standpunkt würden wir das Letztere freilich vorziehen.

— Vom Opfer des Intellekts ist viel gesprochen worden — namentlich mit Bezug auf die Herren Nationalliberalen, die bei jeder Gelegenheit bereit waren und sind, ihre bessere Uebersetzung sogenannten „praktischen“ Erwägungen zu lieb preiszugeben und ihr Denken und Wollen dem Denken und Wollen des Tages-Dalai-Lama nachsichtig unterzuordnen. Und wir haben auch wiederholt ausgeführt, daß dieses Opfer des Intellekts in dem sozialen Fortschrittsprozeß der Gegenwart seinen Grund hat, und daß die Bourgeoisie durch die eiserne Logik der Thatfachen vor die Wahl gestellt ist, entweder ihre Existenz als Klasse oder ihr Intellekt zu opfern — mit andern Worten, entweder die Konsequenzen ihrer idealen Theorien zu ziehen, oder diese Theorien und Ideale zu verwerfen, und zur Erhaltung ihrer Klassenstellung, sich in die Jitabelle des Polizei- und Militärstaats einzusperren.

Das Opfer des Intellekts ist von der Bourgeoisie keines Landes — auch nur annähernd — in dem Maße und mit der Gründlichkeit betrieben worden, wie von der deutschen, die in ihrem ungläubigen Dummstolz sich selber bei jeder Gelegenheit als „das Volk der Denker“ zu verherrlichen liebt. Bis zu welchem Grade ihr das Opfer des Intellekts gelungen ist, das läßt sich jetzt, in dieser Wahlbewegung, so recht deutlich erkennen. Der Bismarck'sche Was, welcher die Neuwahlen auf den 20. Februar festsetzte, hat die nationalliberale Partei, in deren Interesse er doch mit Erlaßten ward, wie ein Donnerkegel getroffen. Die Mannesheelen stehen hilflos und verblüht da, gleich einer Schaar Heerde im Gewittersturm.

Das Signal zum Wahlkampf ist gegeben, der Tag der Wahlschlacht bestimmt worden — und die Kampfesanner haben noch keine Wahlparole — sie wissen nicht, unter welchem Vagenwort sie in den Kampf ziehen, und die Schlacht schlagen sollen. Furchterliches Schicksal! Tragisches Verhängniß! Sie haben ihr eigenes Wesen so vollständig aufgegeben, so vollständig sich des Gebrauchs ihres eigenen Denk- und Empfindungsvermögens entwöhnt, daß sie gar nicht mehr fähig sind, auf ihren eignen Füßen zu stehen. Sie sind Automaten, die von dem Macher erst ausgezogen werden müssen, ehe sie sich bewegen können. Hat EM, der große Macher, dem sie sich auf Gnade und Ungnade überliefert haben — hat er am Ende gar beschlossen, sie wiederum „an die Wand zu drücken“? EM beobachtet ein unheimliches Schweben — und mit kläglichem Demuth Haat die bog „staatsmännlichem Geist“ erklärte „Worte der Nation“ nach dem Mund des Gewaltigen, ob EM nicht durch ein erlösendes Wort den Pann bricht und den Weg der Rettung zeigt. — Aber die Jüwellingbrüder der bürgerlichen „Mittie der Nation“, die hiedern Krautruker und „Edelsten der Nation“, bieten ein nicht minder jämmerliches Schauspiel dar. Sie sind ebenso rathlos, hängen in ebenso durchdröndem Gefühl ihres Nichts“ an den Lippen des Dalai Kama, der — und das ist der Humor der Sache — seinerseits nicht weiß, was er thun soll, und verzweifelt in der Kognakflasche das erlösende Wort sucht, das er in seinem etwas befeht gewordenen Hirn bis dato nicht gefunden hat.

Nirgend ein Gedankenblitz. Nirgend ein Wetterleuchten, welches das Dunkel erhellt. Stille, dumpfe, faulnischwängere Luft, und überall, wo wir hinschauen, in dieser offiziellen Welt der herrschenden Männer und Parteien, der geistige Tod, der intellektuelle und moralische Bankrott, dem der politische mit Nothwendigkeit folgen muß.

— Die Wahltagation ist bereits im vollen Gange. In Berlin ist sie vorige Woche in zwei grandios besetzten Wählerversammlungen im vierten und sechsten Wahlkreis eröffnet worden, in denen Singer und Liebknecht vor ihren Wählern ihr Programm entwickelten. Beide Versammlungen gestalteten sich zu wahrhaften Triumphdemonstrationen für die Sozialdemokratie, deren Eindruck sich selbst die Gegner nicht entziehen können. In Hamburg war zu Montag eine Wählerversammlung einberufen, und — der erste Fall seit langen Jahren — politisch genehmigt worden, in der Wedel keine Kandidatenreihe halten sollte. Ueber den Verlauf dieser Versammlung liegt uns noch kein Bericht vor, doch lassen alle Anzeichen darauf schließen, daß sie den vorerwähnten an Erregtheit nichts nachgegeben haben wird.

Einem Briefe aus Deutschland über die Wahltagation entnehmen wir folgende Stellen:

Der Schlemmertrieb des pommer'schen Schnapsjunktors, die Zeit der Wahlkampagne mit dem Rest und wichtigsten Theil des Reichstags zusammenzuführen, ist nach jeder Richtung hin ein Fehlstreich. Die Ruppigkeit des hiederen Oberdemagogen hat zugenommen, allein in den Fähigkeiten ist eine ordentliche Abnahme zu erkennen. Die Sozialdemokraten, die auf den Parlamentarismus pfeifen, wenn er ihnen nichts nützt, lachten JH einfaß an. Die Deutschfreisinnigen und die Zentrumsleute, die anfangs etwas überausch waren, begriffen sehr bald, daß sie nicht, wie Duridan's Gefel, rathlos zwischen dem Reichstag und dem Wahlkampfstoffe stehen bleiben durften, und entschieden sich sofort für das Letztere. Werden der Regierung auf diese Weise auch einige unangenehme Debatten und Auseinandersetzungen leut eripirt, so ist das doch nicht geschenkt — ausgeschlossen ist nicht ausgeschlossen, und in dem neuen Reichstag wird Alles mit Jufen und Jinschnehen nachgeholt werden.

Auch nicht wenige Abgeordnete aus den Regierungsparteien — alle diejenigen, welche nicht ausschließlich auf den offiziellen oder offiziellen Wahlapparat angewiesen sind, waren von dem, so recht charakteristischen, der gemeinsamen Dauernschlaubeit entflohenen Schlemmertrieb ihres „Gefel“ durchaus nicht erbaut, und so ist man denn übereingekommen, die Session unter allen Umständen noch im Laufe des Monats Januar zu schließen — möge aus den gesetzgeberischen Vorlagen werden, was da wolle.

Die Regierung kann dem keine ernstlichen Hindernisse in den Weg legen, weil die Opposition es in der Gewalt hat, jeden Augenblick den Reichstag beschlußunfähig zu machen, und das Zustandekommen des Staatshaushalt-Gesetzes zu verhindern — was der Regierung arge Verlegenheiten bereiten würde.

Die Begeisterung unter den Genossen ist eine außerordentliche; überall sieht man mit Jüverricht einem günstigen Ausfall der Wahl entgegen. Und kein Zweifel, die allgemeine Stimmung ist die denkbar beste. Gibt es nicht unwahrscheinliche Zwischenfälle — vor denen man unter einem Regiment wie dem unsrigen niemals ganz sicher ist — so werden wir einen sehr bedeutenden Zuwachs nicht bloß an Stimmen, sondern auch an Mandaten zu verzeichnen haben. Den einfachen, gewissermaßen laßlichsten Verlauf wird der Wahlkampf in Sachsen haben, wo es bei der hohen Entwicklung der sozialen Verhältnisse nur ein Haben und ein Draben gibt, und bloß zwei Parteien auf dem

Plan sind: die Sozialdemokratie auf der einen und die Vertreter der sozialen Unordnung und politischen Ruhezucht, die sich selber schamrednerisch Ordnungspartei nennen, auf der anderen Seite. Nur in dem Jittauer, vielleicht auch im Burgener Wahlkreis, wo die Fortschrittspartei noch einigen Boden hat, wird es wohl zu einer Stichwahl kommen — in allen andern sächsischen Wahlkreisen wird die Entscheidung gleich in dem ersten Wahl- und Waffengang fallen.

Nachstehend seien die sozialdemokratischen Kandidaturen mitgetheilt. (Wir bringen die Liste an anderer Stelle. Neb. d. „Soz.“)

Während die Sozialdemokraten also Kandidaturen für alle sächsischen Wahlkreise aufgestellt haben und ernsthaft um deren Besitz kämpfen werden, liegen die Ordnungsparteien in einigen Kreisen einander noch bezüglich der Kandidaturen in den Haaren — nicht um prinzipieller sondern um rein persönlicher Streitpunkte willen. Doch auf diese Jämmerlichkeiten sei hier nicht eingegangen.

Eine spöthaste Rolle spielen die sogenannten Fortschrittler oder Deutschfreisinnigen. Ein Theil — der sogenannte „Kammerfortschritt“ — hat sich in den Schaffal des Kartells geküßelt; und von den andern ist auch bereits — z. B. soeben in Chemnitz — die größere Hälfte zum Kartell übergelaufen, und die übrigen werden es — außer im Jittauer Kreis — höchstens noch im Burgener Kreis auf eine halbwegs anschnliche Minorität bringen.

Wie trefflich die Stimmung der Wählerschaft ist, das hat der glänzende Ausfall der Chemnitzer Landtagswahl recht deutlich gezeigt, über den Sie bereits unterrichtet sein werden.

Die Ordnungsparteien sind ziemlich kleinlaut — sie warten auf irgend ein Wahlwunder von oben.“

Hoffen und horren —

— Die deutsche Arbeiterpresse veröffentlicht jetzt die endgültigen Listen der Reichstagskandidaturen. Soweit dieselben bis jetzt vorliegen, lassen wir sie hier folgen.

In Sachsen sind aufgestellt:

1. Jittau: Keller-Görlitz.
2. Köbau: Postel-Dresden.
3. Bangen: Schönfeld-Dresden.
4. Dresden (r. d. S.): Raden-Dresden.
5. Dresden (l. d. S.): Schönfeld-Dresden.
6. Gerichtsamtbezirk Dresden: Horn-Köbau.
7. Meissen: Goldstein-Dresden.
8. Pirna: Wurm-Dresden.
9. Freiberg-Deberan: Niemann-Chemnitz.
10. Döbeln-Roswein: Grünberg-Hartza.
11. Döbeln-Burg: Pinna-Vorstadt.
12. Leipzig-Stadt: Bebel-Plauen-Dresden.
13. Leipzig-Land: Geier-Großschänke.
14. Borna-Began: Stolte-Meerane.
15. Mittweida-Limba: Schmidt-Berlin.
16. Chemnitz: Schippel-Berlin.
17. Glauchau-Meerane: Auer-München.
18. Jmickau-Grimmitschau: Stolte-Gefau.
19. Schneeberg-Stollberg: Seifert-Jwidau.
20. Jchopau-Gelenau: Sutt-Chemnitz.
21. Annaberg-Eibensfeld: Grenz-Chemnitz.
22. Reichenbach-Kirchberg: Hoffmann-Chemnitz.
23. Plauen: Raden-Dresden.

(Die mit * bezeichneten Wahlkreise sind 1885—1887 sozialdemokratisch vertreten gewesen.)

In Württemberg:

1. Stuttgart: Karl Aloh, Schreiner in Stuttgart.
2. Cannstatt: J. Stern, Schriftsteller in Stuttgart.
3. Heilbronn: G. Rüttler, Gemeinderath in Heilbronn.
4. Böblingen: G. Bronnenmayer, Wirth in Göppingen.
5. Gillingen: Th. Lutz, Apotheker in Baden-Baden.
6. Reutlingen: Karl Aloh, Schreiner in Stuttgart.
7. Ulm: Th. Lutz, Apotheker in Baden-Baden.
8. Württemberg: A. Ruffler, Apotheker in Stuttgart.
9. Schwab: Chr. Schwend, Sägmühlbesitzer und Gemeinderath in Hall.
10. Aalen: Karl Aloh, Schreiner in Stuttgart.
11. Geislingen-Ulm: A. Dietrich, Buchbinder in Stuttgart.
12. Ravensburg: G. Bronnenmayer, Wirth in Göppingen.

In Thüringen:

1. Erfurt: Paul Reiffhaus, Schneidermeister in Erfurt.
2. Gotha: Wilhelm Bod, Schuhmacher in Gotha.
3. Meiningen II: Paul Reiffhaus, Schneidermeister in Erfurt.
4. Weimar I: Karl Schulze, Redakteur in Erfurt.
5. Schwarzburg-Sonderhausen: Wilhelm Bod, Schuhmacher in Gotha.
6. Saargraun: Karl Schulze, Redakteur in Erfurt.
7. Mühlhausen-Langenlitz: Karl Grillenberger, Redakteur in Nürnberg.

(Fortsetzung folgt.)

— Auch eine „Preßstimme über den Eberfelder Prozeß“. Der „Chicagoer Freien Presse“, einem Bismarckblatt vom reinen — oder auch es in diesem Falle nicht heißen, trübten? — Wasser, entnimmt die New Yorker „Volksg.“ folgende „Quittung“ über die Jüwelling'sche machung der großen Hohnungen, welche der Reptilienstumpf auf den Prozeß geschle:

„Während der öffentliche Ankläger hauptsächlich diejenigen zur Verantwortung gezogen zu sehen wünschte, welche als Vetter der Bewegung zu betrachten waren und denen die weissen der Riingeflagten nur als willkürliche Werkzeuge gedient hatten, ließ der Gerichtshof die sozialistischen Herren Wedel, Grillenberger und Schuhmacher frei ausgehen und verurtheilte überhaupt nur einen Reichstagsabgeordneten (zu den beamtragten sechs Monaten Gefängniß), während die kleinere Hälfte von den anderen Angeklagten mit geringerer Strafe davon kamen, die größere Hälfte ganz freigesprochen wurde. Die Herren Wedel und Gesellen werden den Sozialisten also beim nächsten Wahlkampf nicht fehlen. Der Prozeß hat in Deutschland viel Staub aufgewirbelt und innerhalb der Ordnungsparteien gibt sich eine gewisse Enttäuschung über den Ausgang desselben kund; denn fällt es Niemandem ein, den Richtern (von denen ein paar zu den Deutschfreisinnigen gehören) Vorwürfe wegen ihres Urtheilspruches zu machen, denn man weiß, daß deutsche Richter nach den Gesetzen entscheiden und nicht nach ihrer politischen Parteistellung.“

Dazu bemerkt die „Volksg.“: „Er macht den Richtern „keinen Vorwurf wegen ihres Urtheils“, er verdammt bloß ihre Motive, indem er sie als „freisinnig“ bezeichnet. Warum denn nicht gleich als Sozialdemokraten?“

Wie, Rife, Du rettst den Freund nicht mehr! Bei dem Prozeß wirst Du Deinem Austraggeber in Berlin am meisten nügen, wenn Du ihn möglichst wenig erwähnt. Da ist Nichts mehr zu retten!“

Stimmt. Nichts ist es aber, daß das Chicagoer Blatt aus der Schule plaudert; namentlich zeigen die von uns in Druck hervorgebrachten Sätze, worauf man von dieser Seite gewartet hatte. Der Sozialdemokratie im Wahlkampf Kräfte zu entziehen, war des Dubels Kern, und daß dies nicht gelang, ist allerdings für die „Ordnungsparteien“ eine gewisse Enttäuschung.“

Und eine noch größere Enttäuschung ist ihnen auch ge w i s s.

— Von der kolossalen Verrohung unserer Gegner zeigt eine Notiz des „Leipziger Tageblatt“ bezüglich des Genossen Auer. Derselbe weiß bekanntlich in Montreux, um seine im Dienst der Partei arg geschädigte Gesundheit wiederherzustellen. Das Berliner „Volkblatt“ war dieser Tage in der glücklichen Lage, melden zu können, daß Auer sich wieder stark genug fühle, sich an dem Wahlkampf zu betheiligen, daß man ihm aber geschrieben habe, er solle sich noch schonen, Andere würden die Arbeit verrichten.

Daran knüpft nun das „Tageblatt“ hässliche Bemerkungen über die „Nothlage der deutschen Arbeiter“, die so schlimm sei, daß die Arbeitervertreter sich in einem der ärmsten Kurorte aufhalten könnten. Nun, liebes Tageblatt, es ist traurig, aber wahr: die deutschen Ar-

beiter sind trotz der „Nothlage“ im Stand, ihren im Dienst ihrer Sache erkrankten Vorkämpfern die Heilung zu ermöglichen. — Ein Trost — für das „Leipziger Tageblatt“, daß der „sozialdemokratische Führer“ während der ganzen Dauer seines Aufenthalts in „einem der theuersten Kurorte“ schwerlich auch nur annähernd so viel Geld verbrauchen wird, wie der Spargel des genannten Schweinschmelzorgans mit seinen Kumpanen Ludwig Wolff, Meraner Angedenken, und Hecker in London in einer Nacht „verjuchselbit“. Von der Jecher im Seinerbettel gar nicht zu reden.

— Wahrhaft unbezahlbar ist die Thronrede angefallen, mit der Wilhelm II. den preussischen Landtag hat eröffnen lassen. Man höre nur, wie darin die Arbeiterfrage abgehandelt wird: „Das erfreuliche Bild, welches der Aufschwung des Handels und der Gewerbetätigkeit im Laufe des letzten Jahres dargeboten hat, ist geteilt worden durch die Arbeitsausstände, welche namentlich in den Steinkohlenbezirken in größerem Umfange unter Nichtinnehaltung der gesetzlichen Abänderungsfrist und theilweise nicht ohne Gewaltthätigkeiten stattgefunden haben.“

„Es hat Seine Majestät der Kaiser und König mit Befriedigung erfüllt, daß die Arbeitgeber vielfach mit Zurückhaltung eigener Interessen befreit gewesen sind, begründeten Beschwerden der Bergarbeiter Abhilfe zu schaffen und selbst weitergehende Forderungen entgegenzukommen. Seine Majestät halten sich darnach zu der Erwartung berechtigt, daß ferner Versuche zur Störung der Eintracht zwischen den Grubenbesitzern und den Bergarbeitern an dem gesunden Sinn der Bevölkerung scheitern, und daß die für die gesammte Arbeiterschaft nicht minder wie für den Bestand der Industrie gefährlichen Unterbrechungen wirtschaftlicher Thätigkeit fortan unterbleiben werden. Die Regierung, welche eine eingehende Untersuchung der von den Bergarbeitern erhobenen Beschwerden und Forderungen hat vornehmen lassen, wendet dieser Frage unausgesetzt ihre Aufmerksamkeit zu. Andererseits hat sie Vorkehrungen getroffen, daß jeder Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung sofort mit Erfolg entgegengetreten werde. Ihrer Fürsorge für die Wohlfahrt der arbeitenden Klassen hat sie durch die Mitwirkung an der Gesetzgebung des Reiches über die Versicherung der Arbeiter gegen die Folge von Krankheit, Unfall und Invalidität Ausdruck gegeben, und sie wird auch ferner nicht ablassen, weiter hervortretende Bedürfnisse sorgfältig zu beachten und deren Befriedigung anzustreben. Jene Fürsorge in Verbindung mit der eingetretenen Steigerung der Löhne gewährt eine Gewähr dafür, daß das Bewußtsein einer mehr geachteten Lage den Arbeiter in wachsendem Umfange durchdringen werde.“

Die Arbeitgeber — das Festhalten an diesem widerwärtigsten aller Worte ist allein ein soziales Programm — also die „Arbeitgeber“ gelobdelt, die Arbeiter abgelehnt. Die „Arbeitgeber“, die erst durch einen Streik zu bewegen waren, von den durch die Steigerung der Kohlenpreise ihnen zuletzend Mehrerträgen auch den Arbeitern einen bescheidenen Antheil zukommen zu lassen, sind die braven Kinder, die Bergarbeiter, die sich nicht auf den St. Kimmereinstag hinhalten lassen, die bösen Buben. Gegen sie geht der Satz, daß „Vorsorge“ getroffen ist, daß „jeder Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung sofort mit Erfolg entgegengetreten werde.“ Wenn Ihr Guch mußt, so werden wir Euch „über den Haufen schiefen lassen.“

Nun, die Bergleute werden sich hüten, den schicksalhaften Helben Anlaß zur Ausführung der Drohung zu bieten, aber merken werden sie sich die Drohung, oder vielmehr sie haben sie sich gemerkt, und sie werden die Antwort nicht schuldig bleiben.

Rebellen ist diese „Thronrede“ eine Illustration zu den Schlussätzen unserer Notiz „vom Dpiter des Intellekts“, wie sie nicht treffender gedacht werden kann. Nichts gelernt und nichts vergessen, ruft jede Zeile derselben dem Leser entgegen. Die Lehre des Reichentums vom vorigen Jahre ist an den Dickschädeln der Urheber dieses Reichentums abgeprallt, ohne den geringsten Eindruck zu machen, kein Frank von Verstand für das große Problem der Zeit, soziale Frage genannt. Und das nennt sich „soziales Königthum“!

— Nur die aufgetragen, dann bleibt doch etwas hängen. Einer Berliner Reptilkorrespondenz der „Deutschen La Plata-Zeitung“ entnimmt der in Buenos Aires erscheinende „Vorwärts“ folgende Prognose:

„Es fehlt dem Kaiser Rath, den man übrigens als sehr förderlich sowohl im Gesicht der Verwaltung als in der Kunst der Abfassung von Gesetzen würdigt.“ Kaiser Wilhelm gilt nicht nur als sein eigener Kanzler, sein eigener Sekretär, sondern auch als geborner Gesetzgeber.

Warum nicht gleich auch als geborner Herrgott? Uebrigens wären wir neugierig, welche gesetzgeberische Leistung der jüngsten Zeit der Feder des Universalgenies auf dem Höhenpoller-Myron entspringt. Es ist keine große Auswahl da. War's vielleicht der Gesetzentwurf zur Erhöhung der königlichen Zivil-Liste?

Wenn die Farben zu dick aufgetragen werden, werden sie — merk's Reptil — brüchig.

— Die Beerdigung Johannes Wedde's gestaltete sich zu einer wahrhaft überwältigenden Manifestation. Obwohl sie an einem Wochentage stattfand, folgten doch nach der mächtigen Schöpfung gegen 20.000 Personen dem Verstorbenen zur letzten Ruhestätte. Unzählig waren die Kränze und Blumenbüschel, die von Nah und Fern eingetroffen waren, den Sarg und das Grab des Vorkämpfers der Arbeiterfrage zu schmücken. Kaum ein Arbeiterverein des Nordens fehlte, die Reichslagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie hatte einen prachtvollen Palmenzweig gesendet, und auch der Süden Deutschlands war vertreten. Verschiedene Gebäude in Hamburg — Wedde wurde in der Stadt seines eigentlichen Wirkens beigesetzt — hatten halbtags geschlossen, und in der Vorstadt St. Georg, auf dem Steinbamm, und auch in andern Vierteln Hamburgs waren die größten und schönsten Läden Hamburgs schwarz dekoriert.

Am Grabe hielt Genosse Frohne eine kurze, aber ergreifende Ansprache. Der ganze Verkauf der Feier war ein würdiger und wurde auch nicht durch den leiblichen Miston gestört. Die Polizei hielt sich verständigerweise fern, die ungeheure Menschenmasse ordnete sich selbst — das war die beste Ordnungsmöglichkeit. Aus der Menge der Inschriften, welche die Kränze zierten, führt das „Hamburger Echo“ am Schlusse seines Berichtes über die Beerdigungsfeier, die folgende an, die einem Gedächtnis Johannes Wedde's entnommen ist. Mit ihr wollen auch wir schließen:

Fest liegt der Grund, äonenalt,
Schon sieht man Pfeiler ragen;
Das Hochgewölbe schließt sich spät,
Doch schließt sich's — sonder Fragen!

— Wie sehr die Organisation der sozialistischen Bergleute erstarkt ist — schreibt man der „Frankf. Zig.“ aus dem Saarrevier — läßt sich aus dem Verlauf einer Vertrauensmänner-Versammlung des bergmännischen Rechtschutzvereins ersehen, die gestern in Bildstock unter dem Vorsitz des bergmännischen Reichstagsabgeordneten stattfand und über welche die „St. Joh. Zig.“ ausführlich berichtet. Die Geschäfte des Verbandes sind so gewachsen, daß die Wahl dreier beiderseitiger Beamter zur Bewältigung der Verbandsgeschäfte stattfinden mußte. Das letzte Jahr ergab trotz großer Ausgaben einen Reinerlös von 3000 Mark. Sodann wurde die Gründung einer besondern Unterstützungsabteilung für gemährte Bergleute beschlossen, das Erscheinen einer Broschüre in Aussicht gestellt und das Engagement eines auswärtigen Rechtsanwalts für Verbandszwecke ins Auge gefaßt. Am merkwürdigsten waren die Mittheilungen über den geplanten Bau eines eigenen Versammlungshauses. Dieses Projekt ist bekanntlich durch die ominösen Saalverweigerungen gescheitert worden. Nun wirkt es überraschend, zu sehen, von wie vielen Seiten den Bergleuten Hilfe zur Durchführung des Planes angeboten wird. Der Bau soll aus Holzwerk errichtet werden und so nahe als möglich an der Bahn gelegen sein. In Elversberg wurde dem Verein ein Grundstück unentgeltlich offeriert. Ferner hat sich die Rätlinger Aktien-

brauerei erböt, falls dieselbe auf 10 Jahre die Konzession zum Ausschank ihres Bieres erhält, 30.000 Mark zum Bau zuzuschicken; eine Gesellschaft in St. Johann will 14.000 Mark zum Saalbau geben. Um weitere Verhandlungen über die Art und Weise der Erbauung sowie die Platzfrage zu pflegen, wurde schließlich ein aus 13 Mann bestehendes Saalkomitee gewählt. Zu bemerken ist noch, daß die ganze Versammlung vom Geiste der größten Geselligkeit durchweht war. Immer wieder wurde allen Theilnehmern eingeschärft, daß sie in der Beobachtung vereinbarlicher Bestimmungen Nichts übersehen möchten.

Da haben die Bergleute ganz Recht, denn jede Ungefestigkeit würde nur ihren Feinden nützen.

— Sehr hoffnungsfreudig lesen sich die Berichte über die eröffnete Wahlbewegung in den Rheinlanden. Die Behandlung der Bergarbeiterbewegung von Seiten der Regierung und der Oberfelder Prozeß haben ihre Wirkung auf die dortige Arbeiterschaft nicht verfehlt. Man lese z. B. folgende Korrespondenz der „Oberfelder Freien Presse“ aus Gelsenkirchen:

„Am Freitag Abend war der bekannte Antisemit König aus Bitten hier, um für seine Kandidatur Propaganda zu machen. Die Versammlung war äußerst zahlreich besucht, und für die Unverfrorenheit Königs, der den Vorzug fürte, legt der Umstand Zeugnis ab, daß, als der Kandidat der Arbeiterpartei, Lehmann, das Wort zur Geschäftsordnung verlangte und seinen Namen nannte, er von König mit den Worten angefahren wurde: „Was kann ich dafür, daß Sie Lehmann heißen.“ Lehmann führte dann gründlich den Antisemiten heim und wurde, als er ca. eine Stunde gesprochen hatte, von König darauf aufmerksam gemacht, daß auch noch Antisemiten sprechen wollten, worauf Lehmann erwiderte: „Was kann ich dafür, daß auch noch Antisemiten sprechen wollen“, und führte seine Rede unter lautem Beifall der Versammlung zu Ende. Als der König der Antisemiten heraus das Wort ergreifen und seine gewohnten Tiraden auf die Juden loslassen wollte, da rief ihm ein Bergmann, auf einen anwesenden Judenweisend, zu: „Hast Du keinen Appetit, so biet' emm den Kopf an!“ was lautes Gelächter hervorrief, und worauf dann die Versammelten Arbeiter wieder aufstimmten und Hochs auf die Sozialdemokratie ausbrachten. Damit mußte denn die Versammlung geschlossen werden. Die Worte, womit Herr Lehmann seine Ausführungen schloß, daß nämlich „die Antisemiten viel Stimmen im Reichstag streifen überhaupt nicht zu gewärtigen hätten, sie sollten aber gar keine kriegen“, können hier leicht zur Wahrheit werden. Eine solche Begeisterung für die sozialistische Sache wie gegenwärtig, hat hier noch nie geherrscht, und der bevorstehende Wahlkampf kann leicht genug Ueberraschungen bringen.“

— Ein Vogel, der sein eigen Nest beschmutzt. Unter diesem Titel schreibt die „New-Yorker Volkszig.“:

„In einer Wiener Korrespondenz der „N. Staatszeitung“ läßt sich Heinrich Börnstein über den Streik der deutschen Kohlenarbeiter aus. Er schreibt darüber:

„In diesem aufregenden Kampfe, der endlich nur durch Einschreiten der Regierung mit notdürftiger Gewährung einiger Forderungen der Kohlenarbeiter beendet ward, fanden die sozialdemokratischen Wähler Zeit und Gelegenheit, sich in die Reihen der Arbeiter zu drängen, und diese für ihre Zwecke nach und nach zu gewinnen. Bis dahin hatten die Kohlenarbeiter allen sozialistischen Verführungsanstrengungen widerstanden; aber nun wurden sie befehrt, daß die Kohlenpreise um 44 Prozent gestiegen seien, was bei einer Produktion von jährlich 80 Millionen Tonnen in Deutschland einen Reinerlös von 255 Millionen Mark für die Grubenverwaltungen zur Folge hatte.“

Der Mann, der da von „sozialistischen Verführungsanstrengungen“ und „sozialdemokratischen Wählern“ spricht, vertheidigt einst die Sache, die er jetzt beschimpft. Bornstein war im Jahre 1844 Redakteur des in Paris erscheinenden kommunistischen Blattes „Vorwärts“, an welchem auch Heine, Marx und Engels mitarbeiteten. Schon damals wurde Bornstein gegen Bornstein laut und es stellte sich denn auch heraus, daß er in nahen Beziehungen zur europäischen Polizei stand, die er mit Nachrichten versorgte über die in Paris befindlichen Flüchtlinge. Es ist mir immer gut, so alte Geschichten etwas aufzufrischen, damit sie nicht in Vergessenheit geraten.“

— In Osnabrück wurde in einer Bergarbeiterversammlung beschlossen, dem Zentrumskandidaten Stöbel in der Person des Bergarbeiters Scharfers einen unabhängigen Arbeiterkandidaten gegenüberzustellen. Bezeichnend für den Geist der Versammlung ist, daß dieser Beschluß u. A. damit motiviert wurde, daß Stöbel, der sich „christlich-sozial“ nennt, gelegentlich erklärt hat, die Gesetze würden schon dafür sorgen, daß die Sozialdemokratie nicht aufkomme.

Im Saarbrücker Kohlenrevier ist der durch ein brutales Klassenurtheil längst zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilte Bergmann N. Warkes als Kandidat der Arbeiter angeferlt worden. Andere Reviere rüsten sich, in gleicher Weise vorzugehen. Wäre es auch vortheilhaft, dies als sozialdemokratische Demonstration anzusehen, so kann man doch diese Maßnahmen der Arbeiter nur sympathisch begrüßen. Sie sind der erste Schritt zur Emancipation von der Bornwandschaft der Bourgeoispartei, und ob Sozialdemokraten oder nicht, in allen Fragen, die das Interesse der Arbeiterklasse betreffen, werden die Vertreter der Bergleute im Reichstag zweifelsohne mit den Vertretern der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gehen.

— Oesterreich. Wie das Koalitionsgesetz Oesterreichs in der Praxis aussieht, zeigt die Wiener „Arbeiterzeitung“ an folgendem Beispiel aus dem, von uns bereits erwähnten Streik der Wiener Perlmutterarbeiter:

„Gegen Ende des Streiks ließ sich ein Mitglied des Lohnkomitees, Genosse Salzman, leider zu einem Wortwechsel mit einem der wenigen Antisemiten, der kein Wort gebrochen, hinreißen. In der Hitze des Wortgefechts sagte er ihm: „Das wird Dir keine Kosten bringen“, oder auch (es ist nicht ganz festgesetzt): „Es wird Dir wieder so gehen wie damals in der Wäldtstraße“; dort hatte der Betreffende nämlich einmal Hiebe bekommen. Diese Aeußerung war nun gewiß keine wirkliche Einschüchterung, denn der Betreffende arbeitete weiter; es war nicht einmal eine richtige Bedrohung, sondern eine mehr oder minder richtige Prophezeiung, die übrigens freilich nicht am Platze war.“

Ein „geistesliebender“ Revisor legte die Sache an; für den 12. Dezember, man merke das Datum, war Gen. Salzman zum Polizeikommissariat Otafiring zur „Anstaltsleistung“ vorgeladen, wurde aber sofort in Haft genommen, angeblich, weil er ein gefährlicher Agitator sei. Der Energie seines Vertreters, Herrn Dr. Zweibrück, gelang es durchzusetzen, daß die Verhandlung beim Bezirksgericht Otafiring schon am 14. Dezember stattfand, wobei Gen. Salzman wegen Uebertretung des § 3 des Koalitionsgesetzes zu 14 Tagen Arrest verurtheilt wurde. Der Verteidiger meldete die Verurteilung an und beantragte die Entlassung. Dem Antrage wurde nicht stattgegeben, wegen „Gefahr der Wiederholung des Deliktes“. Dr. Zweibrück machte sofort die Beschwerde unter Vorlegung der Akten an das Landesgericht, welches der Beschwerde am 17. Dezember stattgab, so daß der Angeklagte an diesem Tage auf freien Fuß zu stellen war. Das Bezirksgericht entließ ihn auch wirklich um 11 Uhr Vormittags, aber nur um ihm dem Polizeikommissariat zu übergeben, von wo er Abends ins Polizeigefängnis abgeführt wurde. Dort hatte er einige Verhöre über seine Agitation zu bestehen und wurde am 19. Dezember zur Appellationsverhandlung ins Landesgericht geführt, bei welcher die 14tägige Strafe in eine 8tägige gemildert wurde; nach der Verhandlung kam er zurück ins Polizeigefängnis.

Am 23. Dezember, nach 11tägiger Haft, wurde er zum Strafantritt zurück ans Bezirksgericht Otafiring ledert, welches er am 31. Dezember verließ, um — doch davon später. Hier ist zu erwähnen, daß Gen. Salzman, obwohl das Landesgericht seine Entlassung verfügte, von der Polizei in Haft gehalten wurde. Die Verurteilung der Entlassung war dem Angeklagten nur scheinlich, statt wirklich. Wäre er nämlich in Unterbindungshaft gehalten, so wäre ihm nach § 400 der Strafprozessordnung die Zeit zwischen den Verhandlungen der 1. und 11. Instanz in die Strafen eingerechnet

worden, er hätte sie bereits am 23. Dezember verbüßt gehabt, am selben Tage, an welchem er zum „Antritt der Strafe“ gelangte. Jene Advokaten, welche Arbeiter vertreten, werden also künftig gut thun, bei einer Beschwerde an das Landesgericht auch ein unterthäniges Gesuch an die Polizei-Direktion zu richten, sonst schaden sie beim besten Willen mehr als sie nützen. Die Wiener Polizei-Direktion ist mächtiger und wichtiger als das Landesgericht; mögen sich das alle Interessenten gefaßt sein lassen.

Am 31. Dezember hatte Salzman, wie gesagt, abgehört und wurde in der bei ihm üblichen Weise „auf freien Fuß gestellt“, d. h. er wurde wieder in das Polizeigefängnis abgeführt und ihm mitgeteilt, er sei aus Wien und Niederösterreich „polizeilich abgehafft.“ Man fragte ihn, ob er rekurrirte; Salzman hatte aber vor allen Rechtsmitteln eine heilige Scheu bekommen und verzichtete darauf. Eine mündliche Vorstellung des Verteidigers beim Polizei-Präsidenten blieb erfolglos.

Am Neujahrstage wurde Gen. Salzman photographirt; am 3. Januar kam er in den Schubarreß, am 4. Januar früh auf den Schubwagen, um nach Jägerndorf gebracht zu werden, wo er zuständig ist. — Seine Eltern wohnen in Wien. — Auf dem Wege übernachtete er zweimal im Schubarreß: in Dimitz und in Freudenthal. Keinesfalls sind solche Visite nirgends; Ungewisser gab auch in Dimitz; aber in Freudenthal wurden 7 Schüblinge zu 2 Straßlingen, zusammen 9 Personen, in ein enges Loch zusammengeperrt, wo sie die ganze Nacht sitzen mußten, weil zum Liegen kein Platz war. Der „Rübel“ in diesem Loch war seit 5 Tagen nicht ausgeleert worden.

Am 7. Januar kam Gen. Salzman endlich in seinem „Gefängnisort“, der für ihn die Fremde ist, an. Vom 12. Dezember bis zum 7. Januar war er in Haft, das sind 26 Tage; und schließlich war er ja doch nur zu 8 Tagen verurtheilt. Und überdies hatte er seine Eltern, seine Freunde, seine Arbeitsgelegenheit eingebüßt. Das Alles, weil er einen Kollegen „einzuschütern versucht hat“.

So steht es jetzt. In Zukunft wird es aber noch besser kommen in Gegenwärtig steht in Oesterreich ein neues Strafgesetzbuch auf der Tagesordnung. Während das bestehende Koalitionsrecht diejenigen, die „Mittel der Einschüchterung oder Gewalt“ anwenden, um „andere zu hindern, Arbeit zu nehmen, oder zu geben“, mit Arrest von 8 Tagen bis zu drei Monaten bedroht, heißt es in dem neuen Strafgesetzbuch, wie er von der Regierung eingebracht wurde:

„Wer Andere durch Anwendung und Androhung von Gewalt, Bedrohung mit rechtswidriger Injüngung von Nachtheilen, Beschimpfung, Behinderung in dem rechtmäßigen Gebrauch von Werkzeugen oder Geräthen, oder durch ähnliche Mittel zu bestimmen sucht, an Verabredungen, welche auf Einstellung der Arbeit oder auf Entlassung von Arbeitern oder auf Erhöhung des Preises von Waaren gerichtet sind, theilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder wer Andere durch gleiche Mittel an dem Rücktritte von solchen Verabredungen zu hindern sucht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.“

„Das war“, schreibt die „Arbeiterzig.“, selbst dem Ausschusse des Abgeordnetenhauses zu stark; sein Bericht muß anerkennen, daß, obwohl die sogenannten Streiks oft fatale Konsequenzen nach sich ziehen, es doch Fälle gibt, in welchen sie als einzig mögliche Wehr gegen wirtschaftliche Ausbeutungen unerlässlich sind. Somit fand der Ausschuss, daß die Regierung in ihrer Vorlage bezüglich der Beschränkung der Beileitung zur Theilnahme an den Streiks zu weit gegangen ist.“ Es wurden also das Wort: „Beschimpfung“ und die Worte: „oder durch ähnliche Mittel“ gestrichen. In der That ist insbesondere der letzte Ausdruck so allgemein und elastisch, daß sogar jede Anforderung zum Streik straffällig gemacht werden könnte. Aber auch in seiner verbesserten Form ist der Paragraph schlecht genug. Die Bedrohung mit rechtswidriger Injüngung von Nachtheilen ist ein sehr weiter Begriff und erlaubt die Anwendung der größten Strenge der Beurtheilung.

Das ist aber lange nicht das Wichtigste. Der ganze Paragraph, so wie er da steht, verbessert durch den „arbeitersfreundlichen“ Strafgesetzbuch, ist nichts mehr und nichts weniger als ein hartes Ausnahmsgesetz gegen die Arbeiterklasse — oder er ist einfach überflüssig und nichtig. Er ist aber vielfach und notwendig für — die Besten.“

Die „Arbeiterzig.“ weist das an Vergleichenden mit denjenigen Paragraphen des Strafgesetzbuches nach, welche diejenigen Fälle von „Nöthigung“ behandeln, bei denen auch einmal ein Bourgeois hineinfallen kann. Da sind nicht nur alle Bedingungen vorgegeben, die die Androhung erst zu wirklichem Zwang machen, es ist auch zulässig, dies auf Geldstrafe statt auf Gefängnisstrafe zu erkennen.

Richtet sich denn aber der Paragraph, der von den Koalitionen handelt, nicht auch eventuell gegen das Unternehmertum, gegen Bourgeois?

Ei, gewiß, er spricht ausdrücklich von „Verabredungen auf Entlassung von Arbeitern.“ Genau dasselbe, nur mit ein bißchen andern Worten, hat der betreffende Paragraph des alten Koalitionsgesetzes. Aber in den 19 Jahren seines Bestandes wurde er nie gegen Prinzipals angewendet, was die „Arbeiterzig.“ sehr gut als einen glänzenden Beweis für die Objektivität der österreichischen — Unternehmer bezeichnet.

Wer war es doch gleich, der den Ausdruck hat: Gerechtigkeit ist eine schöne Sache, es gibt aber auch — Justiz.

— Aus Rumänien. In Beantwortung eines in Nr. 2 des „Sozialdemokrat“ enthaltenen Interals schreibt man uns aus Bukarest über die Lage der dortigen Instrumentenmacher.

Es ist in der Anfrage nicht gesagt, was für Instrumentenmacher gemeint sind. Ich habe mich nun zunächst nach den chirurgischen Instrumentenmachern erkundigt, und folgende Auskunft erhalten.

Es existirt in dieser Branche hier nur eine Firma, die allerdings sich teilweise Arbeiter aus Deutschland kommen läßt. Früher standen an der Spitze derselben zwei Rumänen, die Herren Travisoni und Boehm, ersterer ein recht anfänglicher Mann, letzterer ein großer Patron, der sehr schnell mit einem „Giel“ oder „Rindvieh“ bei der Hand ist. Damals variierten die Löhne von 4 Franken bis zu 12, ja 15 Franken pro Tag. Die Arbeitszeit war 10 Stunden täglich; des Montags wurde eine Stunde später angefangen, des Samstags eine Stunde früher aufgehört. Vor zwei Jahren wurde die Kompanie aufgelöst. Travisoni trat aus und Boehm blieb. Jetzt sind die Löhne nur noch 3 bis 8 Franken pro Tag, den Werkmeister ausgenommen, der 200 Frk. Gehalt hat. In der Arbeitszeit sind die Montags- und Sonnabend-Ausnahmen fortgefallen, dafür aber werden jede 5 Minuten, die ein Arbeiter zu spät kommt, angefahrchen und des Samstags abdit und abgezogen. Die Behandlung ist noch etwas un-gewohnter wie früher.

Boehm ist der alleinige Repräsentant dieser Branche in Rumänien. Es gibt zwar noch eine Firma für chirurgische Instrumente in Galatz, dieselbe hat aber keine Bedeutung.

Die Lebensweise richtet sich hier ziemlich genau nach der Pariser, da hier sehr viel französische Mode herrscht, ist also recht theuer. Das Klima ist wie in Süddeutschland, doch herrscht hier eine Art Fieber, das in Deutschland und auch in Frankreich unbekannt ist und das in der Regel jeder Fremde bekommt; doch ist dasselbe nicht gefährlich. Wichtig ist noch, daß es in Rumänien keine Gewerbebesetze gibt und der Arbeiter so nur auf die „Humanität“ des Herrn „Meisters“ angewiesen ist. Der genannte Boehm z. B. hat die Gewohnheit, bei Stürkbarkeit sich stets nach den billigsten Katalogen des Auslandes zu richten; ist der französische billiger, so muß der herhalten, ist es der deutsche, dann rückt dieser heran. Der Mann ist eben sehr „international“ — im Vornahme. Will der Arbeiter etwas dagegen einwenden, so verbietet er ihm einfach das Wort, und wenn's Noth thut, legt er ihn auch hinan. Er läßt sich „keine Vorschriften machen“.

Sowie über diese Branche, lieber die Musik- und Instrumentenmacher einzuweilen nur soviel, daß ihrer nur wenig an Zahl in Rumänien sind, und davon die Mehrzahl ebenfalls in Bukarest. Mögen sich also die deutschen Genossen, sofern sie chirurgische Instrumentenmacher sind, nicht durch die „Bezahlung des Heilgeldes“ verleiten lassen; das müßten sie reichlich zuzuführen.

*) Ann. des Segers: Den Kaiser oder den Rath? Die Sache ist sehr unklar.

— Heber die Zustände in Jakutsk, dem Verbanntort der auf administrativen Wege, d. h. ohne Urtheilsspruch, nach Sibirien Verbannten, geht der Bundesrat „Arbeiter-Wochenblatt“ eine ergreifende Korrespondenz zu, die wir die folgende sehr charakteristische Schilderung entnehmen:

„Und wie sieht denn das paradiesische Jakutsk mit seiner Umgebung aus, welche diese Gläubigen der Glenden nicht verlassen wollen? Auf einem ungeheuren Landstrich, welcher Millionen von Menschen Raum genug bieten könnte, wohnen 250,000 Seelen. Der Winter dauert hier über 10 Monate mit Temperaturen von 40—53 Grad unter Null, so daß nur Weingeistthermometer verwendet werden können, weil Quecksilber gefrieren würde. Auf den riesigen Schneefeldern bemerkt man in großen Entfernungen hie und da schwarze Pflanzchen; es sind dies kleine Hütten, gewöhnlich ohne Fußboden, welcher als Lurusgegenstand gilt; um das Kaminrohr zu schützen, muß man auf's Dach steigen. Der Ofen darin muß den ganzen Tag geheizt werden, wenn man Abends eine Temperatur von 23 Grad erzielen will, die aber bis zum Morgen unter Null sinken kann, so daß man im Krug statt des Wassers zum Waschen einen Klumpen Eis vorfindet. In den Hütten gibt es keine Scheiden — sie sind in handiger Weise durch Eis erstet. Selten bilden diese Hütten eine Art von Dorf; meist stehen sie einzeln oder höchstens zu Zweien neben einander. Von einer Wohnung zur anderen beträgt die Entfernung gewöhnlich 30 Kilometer und darüber, und das ist noch die bevölkerte Gegend. Im Nordosten dehnt sich ein ungeheures, ewig gefrorner Sumpf aus, allen menschlichen Anstrengungen, auch der des russischen Despotismus trotzend. Der hier bis acht Wochen dauernde, ziemlich warme Sommer wird durch Myriaden von Mosquitos unendlich gemacht.“

Die Jakuten, ein Hirten- und Jägervolk, beten ihre Fettsäure an, welche sie als die christliche Gottheit ansehen. Ihre vom Tartarischen abstammende Sprache besitzt nur 1000 bis 2000 Wörter. Das Wort für Ich ist derselbe und wird durch die Bezeichnung ersetzt: die langen Hände. Das Wort Ruffe wird mit dem Worte Gewaltthätig ausgedrückt. Die Bekleidung besteht aus Pelzwert; Wäsche ist ihnen unbekannt. Sie nähren sich von Fett, etwas Fleisch, gefrorenen Milch, welche mit Mehlern geschnitten wird, und von sogenannten Fleckthieren. Dieser Thier wird durch Mischung mit Hammelblut, Milch und Butter gewonnen, welcher dann in die Form von Platten gebracht wird. Das Brod ist hier unbekannt. Dies ist auch die Nahrung der Deportirten.

Das Volk zahlt 3 Rubel Steuer und ebensolches Tribut den Regierungsbeamten, damit es vor diesen Ruhe habe. Die einzige Sorge der orthodoxen Priester, welche höher gefehlt werden, um den Jakuten das Christenthum anzuführen, ist, das Volk möglichst auszuwählen. Die Priester kaufen Spiritus, dem sie Tabak und Wasser mischen, um diesen Nektar fünfmal theurer den Eingebornen zu verkaufen, als er am Hauptort kostet.

Unter den Jakuten herrscht keine Gleichheit mehr, denn es gibt bereits Reiche und Arme.

In dieses schöne Land nun schickt man Jene, welche ein politisches Verbrechen begangen haben, und zwar fast stets kraft „administrativer“ Verfügungen; ganz besonders aber die politischen Rückfälligen, d. h. Jene, welchen ein Fluchtversuch nicht gelungen ist und die man nicht gut befinden hat, zu erschießen.

„Als wir uns in dieser Wüste insulairt haben“, erzählt mir vor einigen Tagen ein Freund, welcher nahezu 40 (V) Jahre daselbst verbracht hat, waren wir daran, zu verzeihen. Ist dies nicht ein wahres Paradies? Ist es nicht aus mit uns?“

Die Jakuten sprachen kein Wort russisch. Auch hatten sie die Russen, welche sie nur in den schönen Exemplaren des Priesters und des drangsalirten Regierungsbeamten kennen gelernt hatten.

Nachdem die erste Regung der Verzweiflung vorüber war, beschloß unser Freund mit seiner jungen Gattin, vor Allem die Sprache des Landes zu studiren. Verbannte Genossen nahmen bald Theil an diesen Studien. Einmal im Besitze der Sprache konnte man es versuchen, die Herzen dieser Halbviduen zu gewinnen. Die Bemühungen waren von Erfolg gekrönt. Es wurde sogar ein gutes jakut-russisches Wörterbuch zusammengestellt, das erste dieser Art, dessen Drucklegung in Petersburg von einer kompetenten Autorität besorgt wird. Als die Jakuten sich freundlich behandelt haben, besuchten sie sich, die Elemente des Wörterbuchs zu liefern. Wie hatte sich Jemand um sie gekümmert. Man frag, mit der Hand auf den Gegenstand deutend, wie derselbe heißt, worauf der Eingeborene antwortete. Es machte ihm sogar am Ende Freude, den Lehrer zu machen. Im Besitze der Sprache, machte man sich an die Statistik des Landes, besonders vom wirtschaftlichen Standpunkte. So wurde schließlich das Vertrauen der Eingebornen gewonnen, welche zu begreifen anfangen, daß diese Russen mit den Regierungsbeamten nichts gemein haben, daß sie ebenso wie sie, ja noch vielmehr leiden und daß sie sehr gelehrt und sehr gut sind. Auch lernten sie diese sonderbaren Wesen achten, vor welchen sich selbst die mächtige Regierung der „langen Hände“ fürchtet. Also es gibt doch Menschen, welche ihr Schreden einflößen! Und doch sind sie so gut! Da ist Einer, welcher die Kranken pflegt und heilt, und keine Bezahlung annimmt; im Gegentheil, er bietet Tabak, Zucker und Thee an. Ein Anderer lehrt lesen und schreiben, eine Frau, welche ebenfalls gelehrt ist, klebt ihr die Kinder und leistet Hebammendienste. Auch ein Schneider ist da, ein Schlosser, welcher sogar ihre Gewerbe zu repariren versteht. Was den Mann betrifft, der das Wörterbuch gemacht hat, so hat er kein Handwerk, aber er wußte sich demjenigen das Vertrauen zu erwerben, daß er zu jeder Beilegung einer Streitliche gezogen wird, und schließlich den Sitz neben den angesehenen Richtern des Landes einnimmt.

Es kam die Krönung des Jars. Ein Vertreter des Landes der Jakuten bekommt die Einladung, sich zum Feste zu begeben. Man bespricht sich und geht die neuen Freunde um Rath an. Das Ereigniß war ein gemeinlich sehr schön und praktisch ausgearbeitetes Reformprojekt. Der Jar schenkte dem Vertreter eine goldene Uhr, aber das Projekt schlummert in der Tasche eines der Ministerien, auf diese Weise die „langen Hände“ und seine Regierung in den Augen der Eingebornen diskreditirend.

Indessen verliert man seine Zeit. Man lehrt die jungen Jakuten russisch. Man macht aus ihnen Schulmeister, Dorfnotare. Wenn ihr Ruffisch werdet, sagt man ihnen, werdet ihr keine Regierungsagenten benötigten und euer Land selbst verwaltet. Sie begreifen dies und warden solche Fortschritte; auch erwiesen sie ihren geliebten Lehrern mannigfache Dienste. Kurzum, in weniger als 10 Jahren haben die Sozialisten mehr für die Zivilisation des Landes gethan, als die Regierung des Jars in den seit der Eroberung von Sibirien verfloffenen 300 Jahren hätte thun wollen oder können!

Und diese, welche die Reime der Gerechtigkeit in den ärmlichen Ofen verpflanzt haben, nennt man Rüstlingen. Sie können mit Fug und Recht den Regierungen zurückschlendern: Rüstlingen. Ihr selbst!

Wenn nun irgend ein Journalist der Bourgeoispreffe zufällig einem Jakuten begegnete und ihn über das „Treiben“ der „Rüstlingen“ befragte, so würde ihm vielleicht der Eingeborene, besser unterrichtet und reichschaffener als er, antworten: „Mein Lieber, Du bist ein großer Einfaltspinsel! Du bist ohne Zweifel der Freund des russischen Priesters und unserer Polizisten, die übrigens nur vollendete Gauner sind!“

— Im „Volksanwalt“ rückt nun auch Ad. Gercke mit einem offenen Brief an den „Sozialdemokrat“ heraus. Wir quittiren den Empfang desselben; zu einer Antwort haben wir keinen Anlaß.

Dagegen finden wir in der gleichen Nummer des genannten Blattes einen Artikel „Moderne Sklaverei“, dessen Schlußsatz sehr deutlich die Tendenz zum Ausdruck bringt, denen die Rosenbergs-Berechtigungen die Richtung zusetzt. Derselbe lautet:

„Nehmen wir nun die Konsequenzen aus Obigen, so ergibt sich, daß alle diejenigen, welche auf dem heute geltenden kapitalistischen System stehen bleiben, ihre Lage innerhalb desselben durch die Forderung von etwas mehr Lohn nur erträglich zu gestalten trachten und es unterlassen, gleichzeitig auf den Sturz des ganzen Systems hinzuwirken, um mit Aristoteles zu reden, „von Natur Sklaven sind“. Sie haben die innere Disposition zur Sklaverei noch nicht überwunden. Das ist es, was uns von dem „konservativsten Gewerkschaftler“ trennt. Der revolutionäre Geist, das Bestreben, den heutigen Zuständen ein Ende zu bereiten, nur das kennzeichnet heute den innerlich freien Mann. Ob zu diesem Resultate der Angehörige der herrschenden Klasse durch seine

Ideale, oder der Proletarier durch den Druck der Noth geführt wird, ist unwesentlich.

Darum aber stehen und die Nationalisten bedeutend näher als der „konservativste Gewerkschaftler“ des „Sozialist“. Mit einem Bellamy und Penteoist kann ich mich daher verständigen, mit einem Compers aber nie.“

Die Nationalisten sind Anhänger Bellamy's, fast sämmtlich der „guten Gesellschaft“ angehörig. Darunter scheidet eine Anzahl ehrlicher Katholiken, die sich zu überzeugten Sozialisten durcharbeiten werden, während der Rest sich eines Tags abdrücken und einer andern Modejacke zuwenden wird. Jedenfalls sind die „Nationalisten“ eine sehr gemischte Gesellschaft und, wie ein Blick in ihre Zeitschrift „Nationalist“ lehrt, mit allen möglichen Bourgeoisvorurtheilen behaftet.

Sam Compers ist allerdings kein erklärter Sozialist, aber er ist der geistige Leiter der größten Arbeiterverbindung der Gegenwart, der amerikanischen Gewerkschaftsföderation, die gerade jetzt den Kampf für den achtstündigen Arbeitstag vorbereitet. Der Mann hat sicher seine Fehler, hat oft übertriebene Vorsicht an den Tag gelegt, aber er hat unzulänglich zehnmal mehr Verstand für die aktuellen Bedürfnisse der Arbeiterklasse als die Mehrzahl der guten Nationalisten, deren Verständnis in dieser Hinsicht im umgekehrten Verhältnis steht zu ihrer Feindschaft in Reformprojekten. Vor allen Dingen ist der Kampf der Gewerkschaften ein ernsthafter Kampf gegen das ausbeuterische Kapital, die Bewegung der Nationalisten dagegen vorläufig noch halb Ernst, halb Spiel.

Zu sagen, der Nationalist steht uns bedeutend näher als die Gewerkschaftler, heißt den Fundamentalsatz unserer Bewegung verhängen, daß die Befreiung der Arbeiterklasse das Wert dieser selbst sein muß. In der Gewerkschaftsbewegung mit all ihren Einseitigkeiten stehen doch potentiell die Elemente des proletarischen Befreiungskampfes. Davon wollen aber diese Leute vom „Volksanwalt“ nichts wissen; statt die vorhandenen Gegensätze zwischen Sozialisten und Gewerkschaftlern zu überbrücken, suchen sie sie zu erweitern, und stehen so — wenigstens soweit es in ihren Kräften steht — die Gewerkschaftler vom Sozialismus ab, statt sie für ihn zu gewinnen.

Soweit hatten wir geschrieben, als uns das „St. Louis Tageblatt“ vom 4. Januar zugs, das sich ebenfalls gegen den obigen Satz des „Volksanwalt“, bzw. der „Cincinnati Bg.“ wendet, in der er vorher gestanden. Es schreibt in Bezug auf Bellamy und Penteoist: „Bellamy hat im Dezemberheft des „Nationalist“ einen Aufsatz „Looking Forward“ erscheinen lassen, in welchem er, ohne zwar seinen Prinzipien etwas zu vergeben, die Nationalistenbewegung als eine Bürger-, nicht eine Klassenbewegung bezeichnet, und die soziale Befreiung von dem moralischen Bewußtsein der Menschen, nicht von der ehernen ökonomischen Nothwendigkeit erwartet. Er kennzeichnet sich dadurch als sozialistisches Utopisten. Auf jenen Aufsatz kommen wir demnächst zurück. Einer „Verständigung“ in der Prinzipienfrage bedarf es nicht zwischen den Sozialisten und Bellamy; ob eine solche in der Zukunft möglich, hängt namentlich von dem Geiste der Bellamyschen Schule, nicht von Bellamy ab.“

In Bezug auf Penteoist wird es wahrheitsgemäß für Alle, die dessen „Twentieth Century“ in den letzten 3 Monaten nicht gelesen, eine Uebersetzung sein, zu erfahren, daß sich derselbe inzwischen voll und ganz zum Anarchismus entwickelt hat, ohne beim Sozialismus lange Halt zu machen. Er bekämpft das zwar nicht ausdrücklich, aber alle ausserkommen Leser des Blattes sind darüber einig.“

Da haben wir's. Der Eine mag die Brüden zwischen sich und der Bourgeoisrepublikanität nicht abbrechen; der Andere ist Anarchist geworden, d. h. ein mitgewordener Kleinbürger. Trotzdem spricht ihnen das „St. Louis Tageblatt“ eine relative Nützlichkeit für die Arbeiterbewegung nicht ab. „Jeder von ihnen“, sagt es am Schluß seiner Notiz, in Bezug auf Bellamy, Penteoist und Compers, „besteht eine starke Seite, alle drei sind äußerst nützliche und wirkungsvolle Faktoren in der Arbeiterbewegung: Bellamy als Vertreter der sozialistischen Theorie in Kreise, welche die Arbeiterpresse bisher nicht erreicht hat; Penteoist als der schneidigste Schriftsteller, den die Literatur des Proletariats in Amerika aufzuweisen hat; Compers als Agitator und Organisator der Massen. Wir brauchen den Ersten, den Zweiten nicht minder, und mögen auf den Dritten ebensoviele verzichten.“

Man braucht das nicht wörtlich zu unterschreiben, es ist aber ein Standpunkt, über den sich unter Sozialisten demüthigerweise diskutiren läßt. Aber den sozialistfeindlichen und anarchisten Bourgeois anerkennen, und gerade den Massenorganisator perwerfen, das ist einfach indistintabel.

*) Das Wort „konservativ“ ist nur schmeißendes Beiwort, um der Sache ein planbildendes Wörtchen anzuhängen. Den Schreiber des Artikels hat keine „revolutionäre Uebersetzung“ nicht gehindert, in Cincinnati bei der Wahl mit den Demokraten gemeinsame Sache zu machen. Aus welchen Gründen das immer geschah, so steht doch soviel fest: In merkwürdiger Sozialismus, der mit Bourgeois politisiert, Arbeitern gegenüber aber den traffen Dogmatismus heranzieht.

Korrespondenzen.

Aus Oberschlesien. Vom Eldorado der schwarzen Bauernfänger heut nur eine kleine Etage. In einem Dorfe bei Steinau sollte kürzlich die Kirche renovirt werden. O, wie verstand es da das Pfäfflein, die Gläubigen im Herrn anzuspüren! Unter Anderem meinte er auf der Kanzel, es bereite ihm nichts eine solche Freude, als wenn so ein armes Dienstmädchen komme und spreche: „Herr Pfarrer, hier bringe ich drei Mark zur Verschönerung der Kirche.“ — Also drei Mark und nicht weniger mußten's sein. Eine recht hübsche Steuer, namentlich wenn man bedenkt, daß so ein Mädchen hier höchstens sechs Mark im Monat verdient. Dennoch wurde sie von vielen dieser armen Mädchen gebracht. Der Seelenhirt verstand das Schmeicheln aus dem Grunde, und so flossen viele sauer erworbene Groschen in den Renovirungskorb.

Als aber die Renovirung vollendet war und die neue Kirche eingeweiht wurde, da waren die Thaler der armen Dienstmädchen ver-gessen, nicht genug aber konnten die Reichen erwähnt werden, die von ihrem Ueberflusse etwas hergegeben. Von einem Manne, der das Evangelium auf den Lippen führt und dabei mit keinem Armen spricht, kann das nicht Wunder nehmen, wohl aber, daß die guten Deutschen das so ruhig hinnehmen. Doch es beginnt auch hier zu dümmern.

Flabjander.

Zur Beachtung!

Alle Genossen, welche nach der Schweiz reisen und etwa Unterstützung beanspruchen, wollen festhalten, daß ohne genügenden Anzeig der Berechtigung Jedermann abgewiesen werden muß.

Der vielfache Mißbrauch parteigegenständlichen Vertriebens durch Abenteuer und Schwindler verschiedenster Art zwingt zu dieser Maßregel. Jeder wirkliche Genosse nimmt ohnedies rechtzeitig darauf Bedacht, sich auf alle — nicht bloß für Unterstützung — Fälle mit genügenden Empfehlungen, als hilfsberechtigt oder vertrauenswürdig auszuweisen zu können.

Gegenthelligen Falles hat er die Folgen selbst zu tragen.

Basel, den 17. Januar 1890.

Die deutsche soz.-dem. Mitgliedschaft

Warnung.

Der Vergolder Robert Hoffmann aus Berlin ist mit der Kasse des Fachvereins der Vergolder in Brandenburg a. d. H. (Nr. 100.— betragend) durchgebrannt und hat auch noch seiner Frau heimlich die letzten paar Groschen aus dem Portemonnaie entwendet und sie absolut hilflos zurückgelassen.

Es ist anzunehmen, daß sich dieser Schürke nach Paris gewendet hat und wir geben kein Signalment mit der Bitte um sofortige Benachrichtigung, wenn er irgendwo auftaucht. Sorge man allermählich für eine Weitergabe der Warnung in weiteste Kreise und für geeignete Aufnahme des Verbreiters an der Arbeiterkassa und der Seingien.

Hoffmann ist 41 Jahre alt, von schlanker Statur und trägt einen blonden Vollbart. Er hat kleine Augen, rothe Nase und einen Anhang von Glatze.

Brandenburg a. d. H., den 14. Januar 1890.

Briefkasten

der Expedition: J. B. V.: Nr. 20. — a. Gto. Nr. 89 u. 90 erh. — Jesse: Nr. 17, 60 per Nr. 90 erh. Grüße besorgt u. erwidert. — A. Dg. Sao Paulo: Nr. 68. — a. Gto. Nr. 90 per Bfr. A. erh. Dg. nach Dresden bewirkt. — Th. M. Gallefeld: J. H. hat auch von uns Rota u. Zahlungsbefehle erhalten. Bis jetzt ohne Erfolg. — Jo. So. Bfr.: Vielen Dank u. Gruß! — Muth u. Kraft: Abr. u. Billg. notirt u. Weiteres nach Wunsch u. Bfr. Besichert erwartet. — W. G. Charleston: Doll. 3.— f. Nr. 1. Du. erh. — General: Sh. 2.— f. Shft. erh. — J. Weiß Chicago: Doll. 1.— f. Agit. Shft. erh. u. Dg. an betr. Abr. nach L. vermitteln lassen. Ihr Vorhaben via Chicago ist un durchführbar, da Alles Gewünscht in L. verboten u. auch die Zeit zu solchen Umwegen zu kurz ist. — Camps, Low u. Co. London: Sh. 12.— f. 1/2 Jahr Abt. erh. — Pastor Müller: Nr. 20. — a. Gto. Nr. 89 erh. Bringen Sie uns Porto von D. in Anrechnung. Billg. u. Abr. notiren u. rechnerisch frage. — G. Schmidt Hull: Sh. 4.— Ab. ab 1/12 89 bis 1/6 90 erh. — A. B. Pst.: Doll. 3.— (Nr. 4. 80) per Nr. 1. Du. x. f. Nr. erh. — A. L. H. Dolrain: Nr. 6. 10 f. 3 Ab. 1. Du. u. Shft. erh. Billg. u. Rota folgt. — Tisch. Vereiner Kopenhagen: P. A. v. 14/1 u. Selbstg. erh. u. Nr. 20.— Ihrer W. Bfr. auch den Bfrs. zugewiesen. Siehe daselbst. Weiteres notirt. — Leopold: Nr. 10.— f. Ab. Nr. 89 u. 1. Du. 90 erh. Leider erklärt der Umschlag nicht mehr um Handwritten-Befehle anzustellen. Ihre Darlegung war absolut wahrheitsgetreu. — J. P.: Sh. 4. 8/2 für Schft. v. D. erh. — Utopia: Abr. II. Vorlage v. 17/1 notirt. — Michel: Dann weisen Sie die Leute an, in Papiergeld (eventuell Briefmarken) direkt hierher zu zahlen, Billg. u. Anzeig folgt. Abr. notirt. Brieflich Weiteres. — F. J.: Schon lange im Reinen. — Giordano Bruno: Allgemeine Abentenerungen sind absolut werthlos, wir verlangen in solchen Fällen stets genaue Angaben aller in beiderseitigem Interesse Wissenswertes. Abr. x. notirt. Bl. mehr. — Urania: Die 60 W. 7. sind auch bereits unterwegs. Weiteres wird besorgt. — Clara: 10 Bfr. u. Gto. Nr. x. erh. Warum denn nicht gleich mit Abfertigung? Bfr. vom 19/1 hier. Werden Wandel schaffen. Warum melden Sie konsequent den Marktbeitrag nicht, den Sie dort für die Pfunde bezahlen? Fortsetzung ist übrigens äußerst nöthig. — Geschäfte: Abr. hat nach Vorkehrung v. 17/1 eingereicht. Offenbar hat die Zwischenhand im Sturm gearbeitet. Werden montren. Dah der „Wchjährlig“ wieder aufliebt, haben mit Vergnügen wahrgenommen. 2 u. 3 kann übrigens noch gar nicht dort sein. Behalt reklamiren Sie dieselben? — Erwin Schreihals: Nr. 17, 60 Ab. per 90 erh. u. Rest dem Wahlfond dfr. zugewiesen. — G. Lgl.: Nr. 6.— Ab. 1. u. 2. Du. erh. — Rother Knopf: Nr. 16, 60 u. Gto. Nr. x. erh. Weiteres beachtet. Bl. mehr. — G. St. Lu.: Nr. 6.— Ab. 1. u. 2. Du. erh. — G. L. Lg.: Nr. 5.— Ab. 1. Du. u. per Schft. Gto. erh. Billg. folgt. — J. W. Ra.: Nr. 3.— Ab. 1. Du. erh. — Der Alte G.: Bfr. v. 11. am 13/1 beantragt u. Nachr. sobald möglich erwartet. — Merlin: Ab. II. Bfr. v. 14/1 geordnet. Betr. Billg. am 17/1 Bfr. berichtet. Am 20. Reklamirt ist unterm 17/1 an die genannte Adresse an Ihrem Wohnort abg. Weiteres erledigt. — Rother Bengel: Abr. x. Anlangendes am 13/1 Bfr. gemeldet u. Billg. notirt. — Neponut: Bfr. v. 1. kam trotz korrekter Abr. erst am 17/1 in unsere Hand. Renjahrestrubel auf der Post. Weiteres beachtet u. am 18/1 Bfr. mitgetheilt. — Traumbild: Nachr. v. 16. am 18/1 erh. u. beantragt. Billg. notirt. Damalige Antwort erlitt zufällig einige Verspätung. Also Alles in Ordnung. — Fischhaube: Nachr. v. 8. am 18/1 erh. Wir weisen allen Erntes, daß irgend ein „Uebelthäter“ dort aus besonderer Riedertraht Ihnen den Humor verdirbt. Auch unsere Gen. B. Off. verändert: Alles in Ordnung abgegangen. Werden nun bis auf Weiteres registern. Beweise für die diesjährige Präzision senden Bfr. Alles nach Wunsch u. Gruß! — Boreley: Anstellung v. 18/1 erh. u. Billg. notirt. Derselbe wird ersetzt. — Rev. Am. Gröghm.: Bfr. 1. 1. 1 Ab. 1. Du. u. Shft. erh. Bestelltes suchen zu vermitteln u. haben A. montir. — G. A. B. London: Bfr. 5.— u. Gto. Nr. x. erh. — G. Dwd. Glasgow: Bfr. 1. 10.— u. Gto. Nr. x. erh. — Carl Schwarz: Nr. 4. 40 Ab. 1. Du. erh. u. Billg. x. vorgemerkt. Cultirt sind die Nr. 50.— in Nr. 51 87 u. eben so am 10/12 87 in Ihr Konto ins Haben gestellt. Bfr. folgen weitere Aufschlüsse. — Claus Groth: Am 21/1 ist Gewünschtes Bfr. erledigt worden. Abr. x. vorgemerkt. — Welschen: Nachr. v. 15. am 20/1 beantragt. Auf Ihre verbessertes Wallenstein-Citat antwortet Ihnen Detavio im Schlußabsatz ebenso schön: „Das sind die Folgen unglückseliger Thaten.“ Ihre tragische Folgerung war übrigens aus „unsern Sternen“ nicht zu lesen. Also Friede u. Gruß im gemeinsamen Leiden! — Rother Hülfsst.: Nr. 18.— Ab. 1. Du. erh. und Abr. notirt. Vermisstes wird recherchirt. — G. B. Ebn.: Sh. 1. 3 f. 2 Bfr. erh. — Storpion: Nichts da von Alcedo. Der letzte Brief datirt v. 8/10 89! — M. W.: Anschluß auf Anfrage v. 20/1 folgt Bfr. Nennen Sie auch fehlende Nummern. Eddr. werden recherchiren. — Qui vive: Norblen! Warum auch D. u. nicht M. & Natürlich stupp, wenn es so steht. Die Sorte ist ungenießbar. Vor Allem aber deutliche Adresse her! Vielleicht probiren wir's. Die Bierlechte wars. Bfr. in B. a. M. Gruß! — Baras: Alles unter obigem Feuer unterwegs. Spielpl. d. Fr. wird demnächst im Vaterland antreten. „Koste u. Presse“ langst begriffen. Weiteres not. u. Abr. gebrd. Bfr. Best. in Erwart. d. Fr. frag. — W. R. Springfeld: 40 Cents f. Shft. erh. Roter nur 9 Cts. nebst Porto. Ihr Bfr. aber kostet 3 Pence Strafporto, da nur mit 2 statt 5 Cents frank. Verfügl. Sie über verbleibende 2 1/2 Cents. —

— Alter vom Berg: Fr. 2, 25 Ab. 1. Du. erh. — S. Hor. Otago: Fr. 2.— Ab. 1. Du. erh. — Arb. Ver. Louise: Fr. 28.— Ab. 3. Du. erh. — Hmaki, Otago: Fr. 2, 25 Ab. 1. Du. erh. — Brngl. Fr. 2.— Ab. 1. Du. erh. — Spitzberg: Nr. 16.— Ab. 1. Du. und Shft. erh. Bestelltes folgt. — Adress: Fr. 2.— Ab. 1. Du. erh. — A. D. Otago: Fr. 5, 30 Ab. 1. u. 2. Du. erh. — Hrg. 3.: Fr. 1, 50 Ab. 1. Du. erh. — G. D. II.: Nr. 4.— ab Nr. 8 bis 13 per Freundschaft erh. — Brant. 3.: Fr. 2.— Ab. 1. Du. erh. — G. Hntz. 3.: Fr. 2.— Ab. 1. Du. erh. — L. F. Ksch.: Fr. 2, 25 Ab. 1. Du. erh. — Grd. 34.: Fr. 2.— Ab. 1. Du. u. Fr. 2.— B. F. erh. — G. Frd.: Fr. 2.— Ab. 1. Du. erh. —

Wahlfond-Quittung.

Zur Weiterhinderung sind an unsere Adresse eingegangen:

Bisher quittirt (siehe Nr. 3)	Nr. 2059-27
Deutsche Felegesellschaft Kopenhagen (Nr. 34, 60)	58.—
und Nr. 20.— weitere Beiträge	22.—
Erwin Schreihals	7.40
Zusammen	Nr. 2726, 67

Durch Unterzeichnete ist zu besichtigen:

Grundzüge der Nationalökonomie

Von

C. A. Schramm.

Zweite vermehrte und verbesserte Auflage.
Preis 40 Bfg. — 50 Cts.

E. Bernlein & Co.

114 Kentish Town Road, London, N. W. (England.)